

Die „STREIF“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Postsendungen entgegen. Unter Streifhand bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 26.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5/6

Die Jahrgangspolizeikommission über deren Namen steht S. 1. M. einschließlich Anzeigenpreis, keine Anzeigen. Das letzte Heft des Monats 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Anzeigenpreis. Vorkauf-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das letzte Heft des Monats 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streik des Hochbahnpersonals

Herrenstandpunkt der Direktion — Neue Verhandlungen sind angebahnt

Während am gestrigen Vormittag noch Aussichten zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts bei der Hochbahn bestanden, hat sich die Lage im Laufe des Tages soweit verschärft, daß der Streik unvermeidlich geworden ist. Die Organisationen haben sich abermals an das Reichsarbeitsministerium mit dem Ersuchen gewandt, es möge die notwendigen Schritte zur Anbahnung von Verhandlungen mit der Direktion einleiten. Das Ministerium aber teilte den beteiligten Gewerkschaften mit, daß es nach eingehender Prüfung der Lage ablehnen müsse, nochmals in die Angelegenheit einzugreifen. Die Organisationen richteten darauf noch einmal die Anregung zu neuen Verhandlungen direkt an die Direktion der Hochbahngesellschaft. Diese aber erklärte, daß sie keine Verhandlungen mehr zu pflegen gedenke. Sie müsse auf ihrem Standpunkt beharren und hätte im übrigen die Angelegenheit ihrer Organisation, dem Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen, zur weiteren Erledigung übergeben.

Dagegen hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in letzter Minute einen Vermittlungsversuch gemacht. Er hat beide Parteien für den Freitag vormittag zu Verhandlungen geladen. Ob eine Aussicht auf ein günstiges Ergebnis oder auch nur auf ein Zustandekommen dieser neuen Verhandlungen besteht, ist angesichts der schroffen Haltung der Direktion höchst zweifelhaft. Der Versammlung der Funktionäre des Hochbahnpersonals, die gestern abend stattfand, blieb bei dieser Sachlage jedenfalls nichts anderes mehr übrig, als den Streik vorzubereiten. Selbst eine Hinausschiebung des Streiks, zu der das Verhandlungsangebot des Schlichtungsausschusses vielleicht einen Anlaß gegeben hätte, konnte nicht mehr in Betracht kommen, nachdem die Direktion alle Verhandlungen abgelehnt hatte.

Eins der wichtigsten Verkehrsinstitute Berlins liegt also still. Die Hochbahner stehen in einem schweren Kampf, denn das ganze Verhalten der Direktion zeigt, daß die Gesellschaft für den Streik gerüstet ist und mit einem längeren Kampf rechnet. Das ist den Hochbahnern bekannt, wie in der Funktionärversammlung zum Ausdruck kam. Aber sie werden ihren Kampf völlig geschloffen führen; denn es geht ihnen lediglich um durchaus bescheidene, durch die Teuerungungsverhältnisse unbedingt notwendig gewordene Gehaltsaufbesserungen. Der geringen Einsicht der Direktion und ihrem ausgesprochenen Herrenstandpunkt ist es zu danken, daß die Hochbahn dem Berliner Publikum vorübergehend nicht zur Verfügung steht. Der Sympathieberger der gesamten Berliner Arbeiterschaft können die Hochbahner sicher sein.

Die Funktionärkonferenz

Der Obmann des Betriebsrats, Genosse Simann, schilderte die Stimmung der Hochbahner und die Haltung der Direktion. Diese richtet sich nach den Äußerungen der Direktion auf eine längere Streikdauer ein. Simann machte nochmals darauf aufmerksam, daß die Notstandsarbeiten verrichtet werden. Von der Haltung der Direktion in den nächsten Tagen hänge es ab, ob die Streikleitung eine Verschärfung des Streikes anwenden werde. Zu einem Einsatz der Technischen Rothilfe bestünde auf Grund der früher gemachten Erfahrungen bei der Direktion keine Neigung. Zum Schluß forderte Simann von den Funktionären, daß sie sich ohne Rücksicht der Pflicht unterwerfen, den von der Streikleitung getroffenen Maßnahmen zur Durchführung zu verhelfen.

Der Vertreter des Verkehrsverbundes, Knobel, schilderte die letzten Versuche zur Erzielung einer Einigung. Das Reichsarbeitsministerium habe erklärt, daß es keine Verantwortung mehr habe, in den Konflikt einzugreifen. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, den die Direktion der Hochbahn durch sofortige Anrufung des Arbeitsministeriums übergangen hat, ersuchte den Verkehrsverbund, den Streik auf 24 Stunden zurückzustellen, um am heutigen Freitag die beiden Parteien nochmals zu einer Verhandlung zusammenberufen zu können. Knobel machte darauf aufmerksam, daß der Kampf der Hochbahner kein leichter sein werde, denn es handele sich nicht um die 350 M. Zulage, sondern auch um die Sicherung der sozialen Positionen im Tarifvertrage, deren Verschlechterung von den Arbeitgebern angestrebt wird. Alle Verhandlungsmöglichkeiten seien erschöpft, ein Kuowelschen gäbe es nicht mehr. Die Gewerkschaft werde den Kampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Auf Grund verweigerter Zeitungsnotizen in der bürgerlichen Presse stellte Knobel ausdrücklich fest, daß die Verhältnisse mit Kindern durch den Schiedspruch sehr gefährdet seien, als die Straßenbahner. Außerdem würde bei der Straßenbahn das Höchstgehalt bereits nach einem Jahre, dagegen bei der Hochbahn erst nach sechs Jahren erreicht.

In einer eingehenden Diskussion wurden die zu ergreifenden Streikmaßnahmen besprochen. Eine neuerliche Funktionärkonferenz am heutigen Abend wird den Bericht über die Aktion des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin entgegennehmen.

Die wirtschaftliche Lage des Hochbahnpersonals

Ueber die Löhne und Gehälter des Hochbahnpersonals und über die bisherigen Verhandlungsergebnisse wird uns vom Deutschen Verkehrsband geschrieben:

Die bestehenden Löhne und Gehälter sind in Anbetracht der großen Teuerung außerordentlich gering. Sie betragen für das Verkehrspersonal im Grundgehalt 1275 Mark, steigend pro Jahr um 10 Mark und erreichen nach sechsjähriger Dienstzeit 1325 Mark; dazu werden für die Gruppe Zugfahrer, Weichensteller und Straßenbahnfahrer eine Tätigkeitszulage von monatlich 39 Mark, für Zugbegleiter, Blockwärter, Straßenbahnkassierer eine solche von 19.50 Mark monatlich gezahlt. Fahrkartenausgeberinnen erhalten monatlich 1000 Mark, steigend pro Jahr um 10 Mark und erreichen nach sechsjähriger Dienstzeit 1050 Mark. Dazu werden Verkaufsprämien von 9, 12 und 15 Mark; im Reservendienst von 30 Mark gezahlt. Diese Verkaufsprämien erhalten nicht alle Fahrkartenausgeberinnen, sondern nur die, die eine festgelegte ziemlich hohe Summe für verkaufte Fahrkarten erreichen. Im technischen Personal bezieht der Handwerker M. 6.00; der angelernte Arbeiter M. 6.70; der ungelernete Arbeiter M. 6.00 für die Rohlöhne. Nach einem Jahr erhöht sich der Lohnsatz um M. 0.10 für die Stunde. Kinderzulagen werden für alle Gruppen gewährt und zwar M. 75.— für den Monat.

Im Oktober sah sich die Arbeiterschaft auf Grund der großen Teuerung gezwungen eine Wirtschaftszulage von M. 1000.— zu fordern. Die Direktion bewilligte unter Hinzurechnung der Wertschöpfungszulage (eine solche wurde alle Jahre gezahlt bis zur Höhe von M. 200.—) M. 850.— für jeden Beschäftigten. Dieses geringe Entgegenkommen löste bei der Belegschaft bereits Erregung aus. Sie glaubte daraus zu erkennen, daß die Betriebsleitung für ihre Lage, in die sie durch die dauernde viel zu geringe Bezahlung gekommen ist, kein Verständnis habe. Auch mit dem neuen Angebot kann sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben. Sie bleibt immer noch weit hinter den Löhnen der Industrie, sowie den ihrer Berufskollegen bei der Stadt Berlin zurück.

Darum konnte sich das Personal der Hochbahn auch nicht mit der Hilfe des Reichsarbeitsministeriums ausgearbeiteten Vereinbarung einverstanden erklären. Sie enthält folgende Bedingungen:

Als Wirtschaftshilfe werden gezahlt: 150 M. für das männliche und weibliche Personal und 75 M. für die in der Werkstatt beschäftigten Jugendlichen.

Auf die jetzt bestehenden Löhne und Gehälter wird für Monat Dezember ein Zuschlag für Handwerker von 2.70 M., für angelernte Arbeiter 2.50 M., für ungelernete Arbeiter 2.40 M. und für Arbeiterinnen 1.70 M. pro Stunde gezahlt.

Der Nachzuschlag wird um 10 Pf. erhöht. Bei jugendlichen Arbeiterinnen betragen die Zulagen 85 Pf. für die Lohnstunde. Das männliche Verkehrspersonal erhält 510 M., das weibliche Verkehrspersonal erhält 410 M. pro Monat Zuschlag.

Die Tätigkeitszulagen werden erhöht für Zugführer um 3 M.; für Zugfahrer, Weichensteller, Bahnhofsbeamte und Straßenbahnkassierer um 2 M.; für Zugbegleiter, Blockwärter und Straßenbahnkassierer auf 1.25 M. für die Dienststunde.

Fahrkartenausgeberinnen erhalten eine monatliche Verkaufsprämie von 12 M., 15 M. und 20 M.; im Reservendienst von 35 M. monatlich.

Die Höchsthöhe für das Schaffnerpersonal werden in Zukunft in 4 Jahren erreicht und zwar werden zuerlet nach jedem der ersten drei Jahre 10 M., nach dem 4. Jahre 20 M.

Die Zuschüsse fügen diesen Darstellungen hinzu: Schon heute erklären die Hochbahner in aller Öffentlichkeit, daß sie nicht in den Streik treten des Streikes willen, sondern daß sie dazu durch die Not und um leben zu können, gezwungen werden, zum Streik zu greifen. Nach wie vor sind sie zum Frieden bereit, aber auch, wenn es sein muß, zum Kampfe entschlossen.

Loucheur in London

London, 8. Dezember.

Loucheur ist heute in London eingetroffen, um das Reparationsproblem mit Mitgliedern der britischen Regierung zu erörtern. Unmittelbar nach seiner Ankunft begab er sich nach dem Schatzamt, wo er eine zweitägige Beratung mit dem Schatzkanzler Sir Robert Horne, Sir John Bradbury und Blacett hatte. Loucheur setzte seine Ansicht über die Frage der deutschen Zahlungen in Waren, die des Wiesbadener Abkommens vorzöge, auseinander und gab Gründe dafür an, weshalb Frankreich diesen Weg eingeschlagen habe. Heute nachmittag begaben sich Loucheur und Chenillon, der mit ihm aus Paris gekommen ist, zusammen mit Sir Robert Horne und Blacett nach Chequers zu Lloyd George, wo sie die Nacht verbringen werden und von wo sie morgen nach ihren Beratungen mit Lloyd George wieder nach London zurückkehren.

Die internationale Organisation der Arbeiterklasse

Genosse Friedrich Adler hielt anlässlich des Parteitag des österreichischen Genossen ein äußerst instruktives Referat über die internationale Organisation des Proletariats, das wir im nachfolgenden in seinen wesentlichsten Teilen wiedergeben.

I.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur hat nicht zuletzt auch auf das Schicksal der Internationale ihren großen Einfluß gehabt. In den Momenten unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte, unmittelbar nach dem November 1918, als der Gedanke in den Massen so stark verbreitet war, daß nun unmittelbar aus diesem Zusammenbruch der Sozialismus hervorgehen, die Weltrevolution wirklich kommen werde, hatte natürlich die dritte Internationale eine überaus starke Anziehungskraft auf die Massen in den verschiedenen Ländern geübt. Und umgekehrt, in den Momenten, wo sich wieder die Erholung des Kapitalismus durchzusetzen schien und in den Massen der Gedanke erweckt wurde: ja, wir haben noch eine absehbare Zeit mit dem Kapitalismus zu rechnen, müssen uns darauf einrichten, innerhalb des Kapitalismus die Interessen des Proletariats zu vertreten, in dieser Entwicklungsepoche hat natürlich die Neigung zur zweiten Internationale eine gewisse Steigerung erfahren, haben gewisse Antipathien, die während des Krieges aufgetaucht sind, in den einzelnen Parteien eine Abschwächung zu verzeichnen gehabt.

Nun handelt es sich bei der prinzipiellen Stellungnahme zu dem Problem der Internationale eben darum, sich von diesen momentanen Stimmungen nicht leiten zu lassen, sondern sich klar zu werden, welches unsere Aufgabe sein muß. Wenn nun der Kampf zwischen zweiter und dritter Internationale getobt hat und die einen geneigt waren, in der zweiten alles Böse, in der dritten alles Gute, andere wieder umgekehrt in der dritten nichts Gutes und alles Gute nur in der zweiten zu sehen, so ist es im Grunde doch nur ein kindischer Gedanke, auf der einen Seite nur Gutes und auf der anderen Seite nur Böses zu sehen. Den Gegenjah, um den es sich da handelt, könnte man wohl dahin formulieren, daß sich die zweite Internationale immer mehr und mehr zu einer Internationale der sozialen Reform herausgebildet hat, während sich die dritte klar und deutlich, wie es in allen ihren Resolutionen und Thesen ausgedrückt ist, bewußt auf eine Internationale der sozialen Revolution beschränken will. Dadurch tritt nun die Funktion unserer Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien deutlich hervor. In dem historischen Moment, in dem wir uns befinden, in dem wir einerseits nicht wissen können, wie lange sich der Kapitalismus noch erhält, andererseits aber mit den Möglichkeiten auch eines Zusammenbruchs in sehr absehbarer Zeit rechnen müssen, in einer solchen Epoche sollen wir uns in unserer organisatorischen Vorbereitungen weder auf die soziale Reform noch auf die soziale Revolution beschränken, wir müssen uns eine internationale Organisation schaffen, die beiden Coen-tualitäten gewachsen ist, die des Proletariat zu den letzten großen Kämpfen mit dem kapitalistischen System organisiert, die andererseits aber auch das Proletariat bereitstellt, wenn der Kapitalismus seine Herrschaft noch Jahr und Jahre behauptet, um in diesen Jahren den täglichen Kampf des Proletariats zu führen. Und das ist der Grundgedanke, der unserer Arbeitsgemeinschaft zugrunde liegt, daß wir uns nicht auf das eine oder das andere beschränken, sondern daß wir nach organisatorischen Formen suchen, die allen Aufgaben des Proletariats gerecht zu werden geeignet sind.

Wir sehen in unseren Tendenzen die resultierende der gesamten proletarischen Bewegung, in dem wir eben die Aufgaben des Moments auf sozialreformatorischem Gebiet und die große Aufgabe der Zukunft, die soziale Revolution, gleichermaßen umfassen. Wir haben immer wieder der Arbeiterklasse nicht nur die momentanen Aufgaben zu erklären, die sie verkleiden könnten, die großen Aufgaben der Zukunft zu vergegenständlichen, sondern wir haben dem Proletariat immer wieder die Gesamtaufgaben vor Augen zu führen; nicht nur das, was heute ist, sondern auch das, was in der Zukunft wird.

Nun steht es so, daß wir vor zwei Jahren mehr Zeit darauf verwenden mußten, klarzulegen, warum wir nicht zur dritten Internationale gehen, als das heute vielleicht notwendig ist. Bei Moskau besteht eine geradezu grandiose Kunst des Abwirtschaltens im Vertrauen der Massen, und es ist Moskau gelungen, so rasch alle Sympathien, die es bei den Massen hatte und auf der ganzen Welt haben mußte, aus dem ganzen Gange der Entwicklung zu verweisen, so daß wir heute schon eher in der Lage sind, wiederum mehr von der zweiten Internationale sprechen zu müssen und uns deren Gebrechen wieder ins Bewußtsein zu rufen, als das von der dritten

Internationale notwendig ist. Wenn wir uns in Europa umbliden, so ist eigentlich nur noch in Frankreich eine große Partei vorhanden, die sich zur dritten Internationale zählt. Von dieser Partei müssen wir aber, wenn wir ihre Beschlüsse, ihre Zeitungen lesen, allerdings auch bekennen, daß sie sich von dem, was man sonst unter Kommunismus versteht, wesentlich unterscheidet. — Sie wissen ja, daß die Franzosen bei den sogenannten einundzwanzig Bedingungen einen starken Nachlaß bekommen haben. Wie das Genosse Faure, der Parteisekretär unserer Partei in Frankreich sehr gut ausgedrückt hat, indem er auf dem letzten Parteitag auf die Frage, warum er nicht für die einundzwanzig Bedingungen sei, sagte: Weil ich damals die z w e i u n d z w a n z i g s t e Bedingung noch nicht gekannt habe, und als er gefragt wurde, was die zweiundzwanzigste Bedingung sei, erwiderte er: das ist jene, daß man auf die einundzwanzig pfeifen darf!

Moratorium und Anleihe?

Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, hat es in einer Rede zu Dresden als sehr wahrscheinlich hingestellt, daß die Verhandlungen, die von Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens in London geführt wurden und zum Teil noch im Gange sind, nicht nur nebeneinander, sondern auch durcheinander gelaufen seien.

Inwieweit diese Kritik berechtigt ist, können wir deshalb nicht feststellen, weil wir weder die Verhandlungsgegenstände noch das Ergebnis der Besprechungen im einzelnen kennen. In London waren der Reichsbankdirektor Havenstein und Herr Stinnes; Rathenau befindet sich noch immer dort. Herr Havenstein reiste sicher im amtlichen Auftrag, Stinnes besuchte, wie er sich selbst ausdrückte, die englische Hauptstadt als „harmloser Privatmann“ und hat der Regierung über Zweck und Erfolg seiner Tour über den Kanal keine Mitteilungen gemacht, Herr Rathenau legt ebenfalls Wert darauf, für einen privaten Reisenden gehalten zu werden, nur daß niemand es glauben will.

Bei dieser Verschiedenartigkeit der Rollen, in der die drei Männer auftraten, mag es also schon richtig sein, daß ihre Aktionen nicht durchweg miteinander in Einklang standen, aber der Regierung wird man aus dieser Divergenz kaum einen Vorwurf machen können. Wenn es ihr unbekannt blieb, was Herr Stinnes tat, mußte sie schon auf eigene Faust mit Hilfe amtlicher oder halbamtlicher Vertreter das Terrain zu sondieren suchen und sich um die Auffindung eines Weges aus der Reparationskrise bemühen.

Ob ihre Anstrengungen zum Ziele führen, muß immer noch abgewartet werden. Es verbietet aber auf jeden Fall hervorgehoben zu werden, daß Dr. Sorge der Auffassung Ausdruck gibt, die Januarrate müsse unter allen Umständen bezahlt werden. Nach seiner Darstellung fehlen an ihr zur Zeit noch 270 Millionen Goldmark, also mehr als die Hälfte. Nach Ansicht des Präsidenten des Industriellenverbandes kann dieser Betrag dem Goldbestand der Reichsbank entnommen werden.

Sowie wir wissen, streiben sich die Regierung und besonders der Reichsbankdirektor einstweilen energisch gegen jedes Aniaßen der Goldreserve, und ihre ablehnende Haltung ist begründlich. Die Verringerung des Goldbestandes wäre nur dann zu ertragen, wenn sich durch die pünktliche Ablieferung der Januarrate tatsächlich in der einen oder der anderen Form für die Folgezeit eine Erleichterung unserer Zahlungsvorgänge erkaufen ließe.

Wird das der Fall sein? Das ist die große Frage, um die sich jetzt alles dreht. Zwei neue Tatsachen können ein wenig optimistischer stimmen. Die eine ist die Reise Loucheurs nach London und die andere die Veröffentlichung eines Artikels im Pariser „Matin“, der mit allerlei Vorbehalten dem Gedanken des Moratoriums zustimmt.

Der Verfasser des Artikels ist Jules Sauerwein, der zu Briand enge Beziehungen unterhält und von dem französischen Ministerpräsidenten häufiger als Mundstück benutzt wird. Er hätte sich bestimmt nicht für das Moratorium eingesetzt, wenn er des Einverständnisses des leitenden Staatsmannes der französischen Regierung nicht sicher gewesen wäre.

Die bisher vorliegenden Auszüge aus dem „Matin“-Artikel geben noch kein ganz klares Bild von seinem Inhalt. Auf jeden Fall verquilt es das Moratorium mit einer innerdeutschen Anleihe, durch die sowohl die gehamsterten Devisenvorräte, wie die deutschen Guthaben im Ausland herangeholt werden sollen. Auch dieser Vorschlag läßt auf den amtlichen Ursprung der Sauerweinschen Ausführungen schließen, da, wenn wir richtig informiert sind, der deutschen Regierung von Paris aus schon ähnliche Anregungen auf diplomatischem Wege zugegangen sind.

Hoffentlich ist bis zu dem Tage, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, die Lage so weit geklärt, daß der Kanzler der Volksexekution nähere Mitteilungen machen kann. Das Parlament wird dann die Pflicht haben, der Regierung Anweisungen über ihr weiteres Verhalten zu geben. Der gegenwärtige Zustand in dem ein Gerücht das andere abbläst, ohne daß wir auch nur die geringste Gewißheit über die nächste Zukunft erhielten, wird nachgerade unerträglich.

Der Kampf um die Luxussteuer

Die Kommunisten fallen um

Im Reichstagsausschuß für Besteuern wurde am Donnerstag zunächst von den Deutschen Nationalen der erneute Versuch gemacht, weitere Steuerbefreiung für die Landwirtschaft durchzusetzen. Es lagen von ihnen Anträge vor, die Umlage steuerfrei zu lassen, bei denen nachweislich durch Steuern eingegangene Tiere in Frage kommen und ebenfalls für Wein. Von der Regierung, die den Antrag bekämpfte, wurde betont, daß es schon jetzt ungenügender sei, die Landwirtschaft zur Umsatzsteuer heranzuziehen. Sowohl die unabhängigen wie die rechtssozialistischen Vertreter bekämpften den Antrag als eine neuerliche Sonderbegünstigung für die Landwirte. Selbst dem Zentrum, den Demokraten und der deutschen Volkspartei gingen die Anträge zu weit und sie wurden abgelehnt.

Von verschiedenen Parteien lagen Anträge vor die Genossenschaften

von der Umsatzsteuer zu befreien. Der Grundgedanke dieser Anträge beruhte auf der Tatsache, daß in dem Augenblick, wo die Genossenschaften Waren erwerben, sie damit schon in den Besitz der Mitglieder übergegangen sind, also nur ein einmaliger und nicht ein doppelter Verkehrsakt vorliegt. Die Regierung erhob gegen die Anträge den Einwand, es handele sich um Umlagen von 6 Milliarden und demzufolge um große Außenstände. Trotzdem wurde von Anträgen zugestimmt.

Der Schwindel der legalen Aktion

Die Vorbereitung des Kapp-Putschs

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 8. Dezember.

Die heutige Verhandlung des Jagow-Prozesses vor dem Reichsgericht hat bereits gezeigt, daß die rührende Erzählung der Angeklagten von dem Plan legaler Aktion, der erst im letzten Moment durch Ehrhardt und Lüttwisch in einen gewalttätigen Umsturzakt verwandelt wurde, ein Schwindel ist. Aus der Abschrift eines Briefes Kapps, — der bei Schiele gefunden wurde, der ursprüngliche Empfänger war Graf Westarp — geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Umsturz von langer Hand vorbereitet war. In diesem Dokument heißt es u. a.: „Nach den getroffenen Vereinbarungen sollten die Truppen die Regierung stützen und insofern die Regierung übernehmen“. Und an anderer Stelle: „Infolgedessen (d. h. weil Lüttwisch einige Tage vorher durch Verhandlungen mit der Reichsregierung den Umsturzplan verteilte) wurde die Verhandlung der Reichsregierung, die dies angeordnet hatte, nicht ausgeführt.“ Er bedauert also, daß die Reichsregierung gemerkt wurde und fliehen konnte. Der Verteilung war dieser Brief sehr unangenehm. Sie verlor die Gerechtigkeit des Schreibens anzuzweifeln, gab das aber mit bemerkenswerter Schamlosigkeit auf, als der Oberstaatsanwalt erklärte, daß er dann den Grafen Westarp als Zeugen für die Echtheit des Briefes laden werde. Die Verteidigung erkannte die Echtheit lieber an, als daß sie den Grafen Westarp auf der Zeugenbank gesehen hätte.

In dem Kapp'schen Briefe wird übrigens auch gesagt, daß gegen die Anklage auf Hochverrat einzunehmen sei, die Unternehmung habe keine Verfassungsänderung bezweckt, sondern gerade die Verfassung durchführen wollen, indem Neuwahlen vom Reichstag erzielt wurden. Allerdings bemerkt Kapp dazu weiter: „Kopfschmerzen macht mir nur der Passus unseres Auftrags:

die Farben der Republik sind schwarz-weiß-rot“.

In einem Briefe vom 22. Dezember 1920 schimpft Kapp über die Demokratie und das Verlangen der Generalität und hohen Bürokratie, die den erzwungenen Eid auf die Weimarer Verfassung vorgeschoben habe, um sich von der Beteiligung an dem Unternehmen zu drücken und beklagt sich darüber, daß der Plan nicht wie vorgesehn, ausgeführt wurde, wonach ausgemacht war, daß er 14 Tage vorher von dem Termin der militärischen Aktion benachrichtigt werden sollte, damit er alle nötigen letzten Vorbereitungen treffen könne. Dabei hatte der Zeuge Grabowski, ein vom Stabe der berüchtigten Gardedivision, dann mit Hauptmann Pabst für die nationale Vereinigung tätig, (die übrigens nur für den Fall eines Sieges des Volksweltismus den Widerstand des Bürgeriums organisieren sollte, aber sonst an keinerlei Gewalt gedacht habe), vorher treuherrlich versichert, es sei nur deshalb zur Einleitung der Kapprevolution gekommen, weil die Regierung Bauer-Müller unzulänglich gelassen sei, — sonst hätten die Militärs sich einfach mit der legalen militärischen Demonstration begnügt. Dieser Zeuge ist mit einigen leitenden Putschführern bekannt gewesen, aber er hat von dem Putsch natürlich, wie alle, nichts gewußt. Er hat sich freilich in die Reichskasse begeben, ist aber erst in den letzten Tagen

Ein demokratischer Antrag verlangte die Steuerfreiheit für Gas, Elektrizität und Wasserwerke, auch wenn sie sich in Privat Händen befinden. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen ein völksparteilicher Antrag angenommen, der gemäßigtere wirtschaftliche Unternehmungen unter gewissen Voraussetzungen ebenso steuerfrei mache, wie die Unternehmungen der Gemeinden. Ferner wurde beschlossen, daß Annoncenexpeditionen nur mit ihrer Proportion steuerpflichtig sein sollen. Der Ausschuh begann sodann die Beratung der Anträge, die die Aufhebung der Luxussteuer

bezwecken. Solche Anträge lagen vor von den Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei, den Demokraten. Nach der Begründung dieser Anträge weist Ministerialdirektor Kopitz auf die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats hin, in denen zunächst auch eine starke Gegnerschaft zur Umsatzsteuer zutage getreten sei. Trotzdem habe der Wirtschaftsrat die Aufhebung nicht beschlossen. Er habe anerkennen müssen, daß die Befreiung der Luxussteuer aus politischen und wirtschaftspolitischen Gründen unerwünscht ist. Die Regierung verkenne nicht, daß die Luxussteuer umgebaut werden müsse. Wenn aber jetzt ihre Aufhebung beschlossen werde, dann sei die Umsatzsteuer endgültig gefallen. Im letzten Jahre habe trotz mangelhafter Erhebung und Erhebung die Steuer fast eine Milliarde gebracht. Dieser Ausfall ist nicht zu ertragen. Die Ausgaben aber die Veranlagungsstellen sind sehr übertrieben. Die Steuer ist auch für den Reichsfaßel einträglich. Auch aus anderen politischen Gründen könne die Luxussteuer nicht beseitigt werden. Alle Staaten um Deutschland herum, ausgenommen England, haben sie.

Abg. Rahmann (S. P. D.) ist auch für den Umbau, aber nicht für die Aufhebung der Luxussteuer.

Abg. Dr. Breitfeld (U. S. P.): Bedenken gegen die heutige Form der Umsatzsteuer seien gewiß berechtigt. Der Begriff Luxus ist schwer zu fassen. Es sei auch nicht zu verstehen, daß für den Außenhandel und den für die Luxusindustrie beschäftigten Arbeiter Bedenken vorhanden sind. Die Schwierigkeit des Abfases ist aber nicht eine Folge der Besteuerung, sondern vor allen Dingen eine Folge der Verminderung der Kaufkraft, auch der Volkspartei des Auslandes. Die Umsatzsteuer ist viel roher und drückender als die Luxussteuer. Eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer und die gleichzeitige Aufhebung der Luxussteuer sei aber unerträglich. Nur einen solchen Beschluß würde in weitesten Kreisen der Bevölkerung kein Verständnis sein. Es gibt zweifellos Luxus, der höhere Belastung verdient und sie auch ertragen kann. Jetzt, wo sich dieser Luxus am abstoßendsten bemerkbar macht, kann doch keine Aufhebung der Bestimmungen erfolgen.

Die wirkliche Bekämpfung des Luxus ist nicht zu entbehren. Wir müssen deshalb so lange an dem schlechten Gesetz festhalten, bis das bessere kommt.

Abg. Fischer (Dem.): Wir wollen klare und durchsichtige Gesetze haben. Deshalb und wegen der Rücksicht auf die Qualitätsindustrie sind wir für Beseitigung der Luxussteuer.

Abg. Herold (Zentr.): Die Luxussteuer kann nicht fallen gelassen werden.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Aufhebung der Luxussteuer mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien und des Zentrums abgelehnt und sodann einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, bis zum 30. Juni 1922 eine allgemeine Nachprüfung der Einreichung der umsatzsteuerpflichtigen Gegenstände vorzunehmen.

Mit Interesse muß man der Abstimmung der Kommunisten über die Luxussteuer entgegensehen. Am Mittwoch hatten sie beantragt, die ganze Umsatzsteuer, also auch die Luxussteuer, aufzuheben. Gestern erwähnten sie den besseren Teil und schwiegen. Sie wußten nun nicht recht, was sie tun sollten. Nach ihrer Haltung am Mittwoch und entsprechend ihrem Antrag hätten sie mit den bürgerlichen Parteien für die Aufhebung der Luxussteuer eintreten müssen. Das war aber denn anscheinend selbst solchen Leuten wie Hölein und Hendemann zu viel. So zogen sie es denn vor, für die Luxussteuer zu stimmen und sich damit selbst in den denkbar schroffsten Gegensatz zu ihrer Haltung am Mittwoch zu stellen. Das wird sie jedoch kaum hindern, ihren Verleumdungsfeldzug gegen die U. S. P. fortzusetzen.

von Oberst Bauer zur Mitarbeit aufgefordert worden. Er war bereit, aber es ist nach seiner Versicherung nicht mehr dazu gekommen.

Der Zeuge Dr. Frohne ist Arzt in Magdeburg, er hat sich auch an der Vorbereitung der angeblichen legalen Aktion betätigt und einen Zettel geschrieben, worauf es heißt, daß G. sich bereit erkläre, aber nur zu militärischen Aufgaben, da ihm Verwaltungsarbeit nicht liegt. Zur Bedingung habe G. gemacht, daß die Regierung zum Zwecke von Neuwahlen gestützt werde und daß die Vorbereitungen gut getroffen würden für die Bildung des Ministeriums. G. ist, wie der Zeuge angibt,

der General von der Goltz.

Es soll aber bei alledem nur an eine legale militärische Demonstration gedacht worden sein. Beide Zeugen werden, ohne daß der Oberstaatsanwalt Bedenken äußert, vereidigt. Er hat also keinen Verdacht der Mittertätigkeit.

Der geflüchtete Kappist, Dr. Schnitzler hat ein Tagebuch geführt und allerlei Dokumente aufbewahrt, die der Behörde in die Hände gefallen sind. Das Tagebuch verzeichnet im Juni 19, daß von Wangenheim in „Ausicht“ genommen wurde. Im September 19, daß Schiele erzählt, Lüttwisch sei bei Helfferich wegen Diktatur. Der Angeklagte Schiele weiß nichts, daß er ein solches Gerücht erwähnt habe. Die Aufträge Schnitzlers enthalten eingehende Darlegungen, was zur Durchführung des Umsturzes geschehen soll, Ausnahmeregeln gegen Generalkreiskler, Zeitungen, Verhaftung von Regierungsmännern u. a. republikanischen Politikern. Auch G. s. e. g. e. n. t. w. ä. r. f. e. sind darin enthalten, so ein Entwurf einer neuen Reichsverfassung, die nach einer anderen Bemerkung „möglichst der alten Reichsverfassung wieder angenähert werden sollte.“ Alles das ist aber nach den Versicherungen der Angeklagten ihnen ganz unbekannt gewesen und stellen nur Privatarbeiten Schnitzlers dar.

Der Angeklagte Schiele hat einige geheimnisvoll beschriebene Briefe verfaßt, in denen der Deckname Agricola vorkommt. Er verweigert die Auskunft darüber, wer diese Person ist. In einem anderen Briefe vom März 19 wendet er sich dagegen, daß die Revolutionsregierung ein neues Heer aufstelle. Das dürfe nur „abseits von der Regierung“ wieder geschaffen werden. Man dürfe sich nicht hinter diese Regierung stellen, sondern nur gegenüber. In einem nach dem Putsch geschriebenen Aufsatz über die Aktion spricht Schiele von unetern Unternehmen. Das soll aber nach ihm nicht bedeuten, daß er Führer war.

Außerdem wurden zahlreiche Erlasse der Kappregierung verlesen, die der Öffentlichkeit zumest bekannt geworden sind. Erwähnt werden jene, die Generalkreiskler, Rädelsführer und Streikposten mit Todesstrafe bedrohen, sowie jene, die das Verbot aller Zeitungen und Schußhaft für ihre Redakteure anordnen, die „unwahres über die neue Regierung“ brachten. Es sind auch zwei Erlasse Jagows dabei, die der Sicherheitswehr hohe Entschädigung im Falle von Verwundung im Kampfe für die neue Regierung, besondere Zulagen und anderes mehr versprechen. Jagow gibt zu, jene vom Ministerialrat Dose ihm vorgelegten Erlasse unterzeichnet zu haben, er will sie aber nicht mit ihm vorher besprochen haben.

Freitag soll Lubendorff als Zeuge erscheinen.

Die Mark etwas gestiegen

Die Ungewißheit über das Moratorium zwingt die Spekulation und auch die Industrie zu einer gewissen Zurückhaltung beim Kauf von ausländischen Devisen. Infolgedessen ist auch gestern die Mark etwas gestiegen und sind die ausländischen Zahlungsmittel im Werte zurückgegangen. Amlich wurde der Dollar mit 200 notiert, gegenüber 200 am Vortage.

Das Defizit des Reichshaushalts

161,5 Milliarden Mark im Jahre 1921

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine am 24. November aufgestellte Uebersicht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahre 1921 überreicht. Die einzelnen Ziffern sind bereits bekannt. Der Gesamtabfluß ergibt einen ungedeckten Betrag von 161 541 Millionen Mark. Davon entfallen 95,5 Milliarden auf den Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts (einschließlich Kontributionshaushalts), 14,4 Milliarden auf die Fehlbeträge in den ordentlichen Etats der Reichspost und der Reichseisenbahn, 26,2 Milliarden auf die ungedeckten Anleiheausgaben dieser beiden Betriebsverwaltungen und 25,5 Milliarden auf ungedeckte Anleiheausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

Schwere Unruhen in Chicago

London, 8. Dezember.

Aus Chicago werden erneut Unruhen gemeldet. Bei Zusammenstößen zwischen einer Menge von angeblich 100 000 Menschen und der Polizei wurden neun Personen erschossen. Die Unruhen dehnen sich weiter aus. Die Polizei wurde sehr behindert durch Banden von Frauen, die den Beamten Pfeffer in die Augen warfen so daß zahlreiche Polizisten geblendet weggetragen werden mußten.

Kleine Nachrichten

Der Reichstag. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am Dienstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen außer mehr als 30 kleinen Anträgen die erste und zweite Beratung einer Anzahl neuer Gesetzesentwürfe, wie Änderung der Verordnung über Lohnpfändungen, Abänderung des Brieftagegesetzes u. a., ferner mündliche Berichte des Rechtsausschusses über drei Anträge, die die sofortige Außerkräftigung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September betreffen.

Beurlaubung des preussischen Gesandten in München. Der preussische Gesandte in München, Ministerialrat Schellen hat, um einen vierwöchentlichen Urlaub nachgesucht. Ob er danach auf seinen Posten zurückkehren wird, ist nicht bekannt. Bekanntlich ist gegen den preussischen Vertreter in München in einem Teile der Presse der Vorwurf erhoben worden, daß er sich stark eingelebt habe für eine Erweiterung der bayerischen Regierung Vorhandeln nach rechts, durch Einschluß der bayerischen (deutsch-nationalen) Mittelpartei.

Abgelehnte Beschwerde. Der für Zeitungsverbote zuständige Schneiderausschuß des Reichsrates hat in seiner letzten Sitzung am 7. Dezember die Beschwerde des Verlages „Der Rote Courrier“ in Leipzig wegen Verbots durch das Polizeiamt in Leipzig verworfen. — Das „Reicher Tageblatt“ wurde von der Polizeiverwaltung in Reiche bis einschließl. 10. Dezember verboten, mit der Begründung, die Rede des Dr. Kleiner auf dem deutsch-nationalen Parteitag wiedergegeben zu haben, in der die Regierung scharf angegriffen und beschuldigt wird, daß sie die Gesetze der feindlichen Regierungen verletze.

Deutsch-jugoslawisches Wirtschaftsabkommen. Das von den deutschen und jugoslawischen Unterhändlern Anfang dieses Jahres vereinbarte Wirtschaftsabkommen, das deutschseits bereits unterzeichnet war, ist nunmehr auch von der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen genehmigt und durch ihre Vertreter gezeichnet worden. Es soll nach Genehmigung durch die beiderseitigen parlamentarischen Körperschaften und darauf folgender Ratifikation in Kraft treten.

Die Sonderversicherung der Angestellten

Die Regierung hat keinen Standpunkt

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat am 8. Dezember wieder zusammen, um sich mit der vorliegenden Kapelle zur Angestelltenversicherung zu beschäftigen, die neben einer unerträglichen Beitrags-erhöhung keinerlei grundsätzliche Veränderung in der bisherigen Sonderversicherung bringt. Von den sozialistischen Parteien wurde in der Generaldebatte die Frage einer Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung aufgeworfen, und der Ausschuss entschied sich dahin, zunächst den Reichsarbeitsminister selbst zu hören.

In der folgenden Aussprache am 7. Dezember erschien der Reichsarbeitsminister Prusa und erklärte, daß nach der jetzigen Reichsverfassung der Oberrichterstaat abgeschafft und der Reichstag völlig souverän sei. Solange deshalb nicht durch einen Mehrheitsbeschluß des Reichstages die Eingliederung der Angestellten in die allgemeine Invalidenversicherung verlangt werde, wäre das Reichsarbeitsministerium nicht in der Lage, in den Streit der Parteien einzugreifen.

Die Debatte eröffnete Genosse Aufhäuser mit dem Bemerkten, daß sich die Angestellten mit der nichtlagenden Erklärung des Arbeitsministers auf keinen Fall abfinden könnten, im übrigen wäre es auch bei einer demokratischen Verfassung der Regierung durchaus nicht verfehlt, ihrerseits einen Standpunkt zu haben. Aufhäuser legte dann an Hand umfangreichen Materials dar, daß das der Angestelltenversicherung zugrunde gelegte Prinzip der Ansammlung von Kapitalien bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der anhaltenden Geldwertung unhaltbar geworden sei. Es bestände bei noch so hohen Beiträgen keine Möglichkeit, den Versicherten eine Anpassung der Rentenleistungen an die Lebensbedingungen zu sichern. Der völlige Verzicht auf die Inanspruchnahme von Reichsmitteln für die invaliden Angestellten und die Hinterbliebenen der versicherten Angestellten ist vor allem bei den unteren Schichten der Privatangestellten keinesfalls länger zu verantworten. Es geht auch nicht an, aus rein parteipolitischen Gründen die Trennung der Angestellten und Arbeiter in der Versicherung und die damit verbundenen ungeheuren finanzielle Belastung der versicherten Angestellten beizubehalten. Die weiteren Ausführungen über die geradezu makellos hohen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zeigten, wie unergiebig billiger und wirtschaftlicher die Invalidenversicherung durchgeführt wird. Der Redner zerstreute weiter die Illusionen von den angeblichen Vorzügen, die die Angestellten — gegenüber der Invalidenversicherung haben sollen. Soweit aber hinsichtlich der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Invaliditätsunterstützung, des Witwengeldes und des Waisengeldes Unterschiede zwischen den beiden Versicherungen bestehen, ist bei gutem Willen die Vereinheitlichung durchaus möglich. Die U.S.P. stehe auf dem Standpunkt, daß die Angestellten bei gleichem Einkommen auch keine höheren Beiträge ausbringen können, als es von den Arbeitern in der Invalidenversicherung verlangt wird. Der Grundgedanke für die Reform müsse daher nur sein, daß für die Beiträge und die Leistungen wie für die Gewährung der Reichszuschüsse künftig lediglich das Einkommen entscheidend sein dürfe, nicht aber die äußerliche Entscheidung nach Arbeitern und Angestellten. Der Versuch, eine Grenze zwischen den Arbeitern und Angestellten zu finden, sei trotz einer ungeheuren Belastung der Sprachbehörden bisher völlig ergebnislos geblieben.

In der weiteren Debatte glaubten Andre vom Zentrum, Nollkenbuhl von der Deutschen Volkspartei und Erzeleng von der Demokratischen Partei den Angestellten für die Beibehaltung ihrer Sonderversicherung gut zureden zu müssen. Die bekannten Ausreden, daß eine grundsätzliche Reform der Angestelltenversicherung zu viel Zeit in Anspruch nehme und sehr schnelle Arbeit geleistet werden müsse, reichten wieder einmal aus, um das soziale Gewissen der bürgerlichen Parteien zu beruhigen. Koch (S.P.D.) machte noch darauf aufmerksam, daß eine Verzögerung des Umbaus der Sozialversicherung schon deshalb nicht mehr möglich sei, weil die zehnjährige Wartepflicht der Angestelltenversicherung mit dem 1. Januar 1923 abläuft. Schließlich verließen die Demokraten, die Volksparteier und die Zentrumsparteier in einem gemeinsamen Antrag den Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die Verwaltung der Angestellten- und Invalidenversicherung unter Beibehaltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu vereinheitlichen. In dem Antrag wird weiterhin eine sogen. Erweiterung der Selbstverwaltung in der Weise verlangt, daß die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung selbst betreiben können. Giebel (S.P.D.) stellte die Forderung fest, die darin liegt, von einer Verwaltungsgemeinschaft der beiden Versicherungen zu sprechen, wenn die Reichsversicherungsanstalt unverändert bestehen bleibt. Der Vorschlag, die Versicherung in die einzelnen Angestelltenverbände zu verlegen, um auf diese Weise den zunehmenden wachsenden bürgerlichen Harmonisierungsmitgliedern zu sichern, könne nicht ernst genommen werden. Schließlich verurteilte noch Thiel vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband die Situation zu retten, indem er meinte, er wäre wohl für die Erhaltung der Angestelltenversicherung, er sei aber auch gleichzeitig Gegner der derzeitigen Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Ein besonderer Heiterkeitserfolg wurde ihm zuteil, als er ausführte, daß die in der Angestelltenversicherung gewährte erhöhte staatliche Fürsorge einen besonderen Anreiz biete, sich den Angestelltenberufen zuzuwenden. Die grundsätzlichen Bestimmungen finden in der nächsten Sitzung am Freitag statt.

Milchnot und Landwirtschaft

Verhandlungen des Hauptausschusses des Landtages

Bereits am 13. Mal d. J. brachte die unabhängige Fraktion einen Antrag ein, das Staatsministerium zu ersuchen, ausreichende Mittel bereitzustellen, damit es der minderbemittelten Bevölkerung ermöglicht wird, den Kranken und Kindern die unentgeltliche Milch zu erwerblichen Preisen zuzuführen.

Zur Begründung des Antrages führte Abg. Jürgensen (U.S.P.) in der jetzigen Sitzung des Hauptausschusses des preußischen Landtages folgendes aus: Untere Bevölkerung sind weit überzogen worden. Der Milchpreis hat eine ungeahnte Höhe erreicht. Die Milch, das notwendige Nahrungsmittel für Säuglinge und Kranke, ist ein Luxusartikel der bestehenden Klassen geworden. Die Bemühungen der Behörden, zum Teil auch der landwirtschaftlichen Organisationen, eine Verbilligung herbeizuführen, haben zu keinem Ergebnis geführt, der Milchpreis steigt weiter. Das ist das freie Spiel der Kräfte, unter dem die minderbemittelte Bevölkerung zu Grunde gehen muß. Es muß erneut versucht werden, auf der landwirtschaftlichen Organisationen einzuwirken, die Milch billiger abzugeben. Wo der Preis sich nicht verteuern will, muß er ausgeschaltet, und die Milch durch die Gemeinden verteilt werden. Schließlich müssen, wie es unser Antrag fordert, erheb-

liche staatliche Mittel bereitgestellt werden zur Verbilligung der Milch.

Der Vertreter des Staatskommissars weist darauf hin, daß die Preisbildung der Milch abhängig sei vom Butterpreis. Das Reich stelle 400 Millionen Mark zur Verbilligung der Milch zur Verfügung, unter der Voraussetzung, daß ein Drittel dieser Summe von den Ländern, zwei Drittel von den Kommunalverbänden aufgebracht würden.

Der deutschnationale Redner, Dr. Kauffold, fordert neue Liebesgaben für die Landwirte. Auch der volksparteiliche Redner verteidigt die hohen Milchpreise. Die Zentrumspartei hält einen Zwang gegenüber der Landwirtschaft für erforderlich, ebenso die Rechtsradikalen. Abg. Frau Kunert (U.S.P.) und Jürgensen (U.S.P.) wies noch einmal auf die Folgen der Unterernährung der Kinder und die Gefahren einer weiteren Preissteigerung für Milch hin. Bei der Abstimmung wird der Teil-

des Antrages angenommen, der das Staatsministerium zur Bereitstellung von Mitteln zur Verbilligung der Milch auffordert.

Die Säuglinge, Kranke der Minderbemittelten werden nunmehr die Milch um einige Pfennige billiger bekommen, d. h. wenn das Plenum des Landtages zugestimmt hat und die sonstigen notwendigen Vorbereitungen getroffen sind. Die große Masse der Bevölkerung, die heranwachsende Jugend muß aber weiter auf die Milch verzichten, weil das Einkommen der Familien nicht ausreicht, um die geforderten Wucherpreise der Agrarier zahlen zu können.

Eine Zusammenkunft der Wirtschaftskommission der Länder findet am 12. Dezember auf Einladung des Reichswirtschaftsministers in Darmstadt zwecks Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftslage statt.

Der Angestelltenstreik vor dem Stadtparlament

Die Angriffe des Bürgerblocks

Die Ueberraschungen, die von der Deutschen Volkspartei für die gestrige Stadtverordnetenversammlung angekündigt worden waren, bestanden in einem konzentrierten Angriff der Rechtsparteien, zu denen im Berliner Rathaus auch die Demokraten gehören, auf den Magistrat. Dieser Angriff ging von der entgegengesetzten Auffassung aus wie die Kritik, die von den sozialistischen Parteien an dem Verhalten des Magistrats geübt wurde. Die bürgerlichen Parteien vertreten den Standpunkt, daß der Magistrat die Forderungen der Angestellten nicht hätte erfüllen dürfen, sondern den starken Mann hätte spielen sollen. Dagegen haben die sozialistischen Parteien, insbesondere die U.S.P.D. durch den Genossen Büblig, dem Magistrat mit Recht vorgeworfen, daß er die unmittelbare Schuld an dem Ausbruch des Elektrizitätsstreiks trage, weil er die Verhandlungen mit den Angestellten über neun Monate hingezogen hat und die Gebuld der Angestellten völlig erschöpft war. Neben dem Hauptangriff der bürgerlichen Parteien erfolgte noch ein schmutziger persönlicher Vorstoß des deutschnationalen Fabian gegen den Stadtrat Schlichting, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer Gewerkschaft nicht insinuiert gewesen wäre, bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium die Interessen der Stadt und der Angestellten wahrzunehmen. Genosse Schlichting hat in seiner Erwiderung mit Recht darauf hingewiesen, daß die deutschnationalen Angriffe jeder beweiskräftigen Unterlage entbehren.

Ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis hat aber die gestrige Sitzung gezeigt: der Bürgerblock ist gesprengt. Die Stadtverordneten des Zentrums haben ungedacht aller deutschnationalen Angriffe sowohl bei der Zuteilung des Genossen Dittmann an den 9. Bezirk wie bei der großen Abstimmung über die Arbeiter- und Angestellten-Vorlage ein demokratischeres Empfinden an den Tag gelegt, als die Demokraten selbst. Während das „Berliner Tageblatt“ bei jeder Gelegenheit platonisch erklärt, die Demokraten wollten von einer Arbeitsgemeinschaft mit den deutschnationalen nichts wissen, beteiligten sie sich praktisch an allen Aktionen der Rechtsparteien und stimmten geschlossen mit den deutschnationalen. Das Zentrum dagegen tat das, wovon die Demokraten bloß reden, stimmte mit den drei Arbeiterparteien und ließ dadurch die bürgerliche Mehrheit aufliegen.

Sitzungsbericht

Dr. Caspari verlas nach der Eröffnung der Sitzung die Eingänge. Darunter befand sich ein Dringlichkeitsantrag Dr. Wenl und Genossen, der den Magistrat anlässlich der Erziehung des Lohne auffordert, auf die

Beilegung des heineischen Schieferlases hinzuwirken. Der Dringlichkeit wurde von bürgerlicher Seite widersprochen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag Dr. Wenl und Genossen fordert 100 Millionen Mark für Vorkaufszahlungen auf die Nachzahlungen an die Sozialrentner. Auch der Dringlichkeit dieses Antrages wurde von bürgerlicher Seite widersprochen (1), die Herzschaften beizugehen, aber dann und liehen den Antrag an einen Auschuss geben.

Im Namen aller Fraktionen gab Dr. Caspari dann eine Erklärung an die Adresse des Magistrats ab, die sich gegen die häufigen Dringlichkeitsvorlagen wendet. Der Magistrat bringe alle größeren Vorlagen dringlich ein, so daß eine sorgfältige Arbeit der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr möglich sei. Bürgermeister Ritter sagte Abhilfe zu.

Die Beratung der Tagesordnung begann mit dem Bericht des Ausschusses für die Wahlprüfung, der vom Stadtverordneten Rerten (Dem.) erstattet wurde. Es ergab sich, daß die drei bürgerlichen Stadtverordneten, die im Wege der Zuteilung an die Bezirksversammlung Berlin-Mitte das Wahlergebnis im bürgerlichen Interesse gewaltig korrigieren wollten, ihren Antrag zurückgezogen hatten. Statt dessen stellte Pfarrer Koch (Deutschnat.) im Laufe der Debatte den Antrag, dem Bezirk Kreuzberg zugute zu werden. Auf demokratische Beschwerden wegen mangelhafter Aufstellung der Wählerlisten, an der Erwerbslose mitgewirkt haben, erwiderte Genosse Wendt sehr treffend und wies den bürgerlichen Vorwurf, daß Erwerbslose unzuverlässig und zu solchen Arbeiten unfähig seien, entschieden zurück. Genosse Dittmann, dessen Zuteilung zur Bezirksversammlung Wilmersdorf durch einen Antrag v. Eymann abgelehnt werden sollte, wies darauf hin, daß in erster Linie das Wahlergebnis für die Zuteilung maßgebend sein müsse; die Zuteilung müsse nach Maßgabe der Reststimmen erfolgen.

Die Abstimmung ergab die Anerkennung der Gültigkeit der Wahlen. Bei der Abstimmung über die Zuteilung der Stadtverordneten an die Bezirke wurde die Zuteilung des Genossen Dittmann an Bezirk 9 (Wilmersdorf) mit 107 Stimmen (Zentrum und drei soz. Parteien) gegen 103 Stimmen (bürgerliche Parteien) gebilligt, dagegen die Zuteilung des Stadtverordneten Koch an den Bezirk Kreuzberg abgelehnt. Eine lebhafte Debatte ergab sich bei der Vorlage des Magistrats über den

Ankauf von 500 Obdachsprüfungen.

Genosse Dr. Wenl verwies auf die merkwürdige Begründung der Vorlage. Während 1500 Prüfungen nötig seien, wolle man aus engbergiger Sparsamkeit nur 500 Stück anschaffen. Man müsse fragen, wie sich der Magistrat denn die Unterbringung der Obdachlosen denke! Die Not der Obdachlosen ist ungeheuer groß; sie hat schon zu Ausschreitungen geführt, die natürlich zu

verzweigen sind, die aber nur durch rechtzeitige und ausreichende Hilfe vermieden werden können. Nach einer kurzen Erklärung des Oberbürgermeisters, der die Dedung nur eines Teiles des Bedarfs an Obdachsprüfungen mit Mangel an Raum zur Aufstellung entschuldigte, wurde in der weiteren Debatte betont, daß der Magistrat sehr widerspruchsvoll vorgehe und sich teils mit Raumangel, teils mit der Finanzlage entschuldige.

Ein Antrag Dr. Wenl, der der Magistratsvorlage zustimmt, zugleich aber die schleunige Bereitstellung des Raumes und der Mittel für den ganzen Bedarf forderte, wurde einstimmig angenommen.

Nach debattierter Erledigung einer großen Anzahl von Vorlagen begann die Erörterung der Magistratsvorlagen über die Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter und den Abschluß des Tarifvertrages zwischen Magistrat und Angestellten der Werke und Hafenbetriebe.

Den Reigen der bürgerlichen Angreifer eröffnete Stadtverordneter Fabian (Deutschnat.) mit dem Antrag auf Ausschussberatung, da verschiedene Vorgänge der Aufklärung bedürften. In seinen Ausführungen polemisierte der Redner sehr heftig gegen den Achtstundentag und gegen die Betriebsräte.

Nach aggressiver ging der Demokrat (1) Hausberg vor, der sich einmal als ganz falsch informiert zeigte, zum anderen aber um so lebhafteren Widerspruch bei der Linken hervorrief, als er seine Stellung mit seiner Eigenhaft als Angestellter begründete.

Stadtv. Büblig (S.P.D.) stimmte im Namen seiner Fraktion der Vorlage über die Erhöhung der Arbeiterlöhne zu; ebenso sei er gegen Ausschussberatung der Angestelltenvorlage, die sofort erledigt werden müsse. Er polemisierte gegen die bürgerlichen Redner und betonte, daß in der Frage der Regelung des Angestelltenlöhns die Vertreter der

Angestellten eine unbegreifliche Geduld

gezeigt haben. An dem Verhalten des Magistrats sei scharfe Kritik zu üben. Ueber eine „Neuregelung“ des Achtstundentages in den sozialen Betrieben der Stadt lasse sich reden.

Stadtv. Büblig (U.S.P.) schilderte eingehend die Entwicklung des Konfliktes. Ueber Monate hat der Magistrat die Regelung der Tariffrage hinausgezogen. Sowohl der Magistrat, der sich offenbar der Folgen seiner Haltung nicht bewußt war, wie die bürgerlichen Parteien, die den letzten Ausgleichsvertrag durch den Dringlichkeitsantrag der U.S.P. vom 8. November abgelehnt haben, tragen die unmittelbare

Schuld an dem Ausbruch des Streiks.

Die Fraktion der U.S.P. begnügte sich aber nicht mit der Annahme der Vorlage, die noch in dieser Sitzung erfolgen müsse, sondern habe die Auffassung, daß das Verhalten des Magistrats grundsätzlich geprüft und in vielen Punkten verurteilt werden müsse. Durch Presseäußerungen ist bekannt geworden, daß ein Teil des Magistrats mit dem Gedanken des Einnehmens der technischen Notdienste gespielt hat; den gleichen Schaden hat der Versuch des Magistrats angedeutet, die Angestellten durch die plötzliche Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 21. November ins Unrecht zu setzen und der Gefahr einer sofortigen Entlassung auszuliefern. Der Redner wandte sich entschieden gegen die Hehe der bürgerlichen Presse anlässlich des Streiks. Entgegen den Ausführungen des Vertreters der S.P.D. betonte Genosse Büblig, daß an dem Achtstundentag grundsätzlich nicht gerüttelt werden dürfe. (Lebhafter Beifall links.)

Genosse Stadtrat Schlichting (U.S.P.) schilderte eingehend das Zustandekommen der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung des Streiks. Bürgermeister Ritter, Stadtsyndikus Lange und er hätten

Im Interesse der Stadt

die Verhandlungen aufgenommen. Genosse Schlichting legte eingehend dar, daß die finanziellen Wirkungen gar nicht den Umfang haben, wie von der bürgerlichen Presse behauptet wird. So bezogen die Mehrausgaben für die 700 Angestellten der III-Berliner Elektrizitätswerke vom 1. Oktober bis 30. Dezember nur 112 000 Mark, für das ganze Etatsjahr etwa 2 Millionen Mark. Zum Schluß sagte Genosse Schlichting dem deutschnationalen Herrn Fabian, seine Unterstellung, Stadtrat Schlichting habe die Interessen seines Verbandes der Maschinen- und Heizer und nicht die Interessen der Stadt vertreten, sei eine Keuschung gewesen, die eines Ehrenmannes nicht würdig sei. (Großer Lärm auf der Rechten.)

Stadtv. Tesche (U.S.P.) beschäftigte sich in kürzeren Ausführungen mit der Arbeiterfrage und wandte sich dann energisch gegen die Forderung des deutschnationalen Fabian, einen Sonderauschuss einzusetzen. Die Tarifdeputation sei eine völlig ausreichende Körperschaft für die Behandlung dieser Fragen.

In der weiteren Debatte beteiligten sich Stadtv. Koskomo (R.P.D.) der die Angestellten vertritt, und Stadtv. Dr. Neumann (D. Sp.), der den Hauptangriff gegen den Magistrat richtete. Die drei Magistratsmitglieder, die zu den Verhandlungen gegangen seien, hätten dies ohne Auftrag getan. Stadtrat Schlichting (U.S.P.D.) erwiderte dem Angreifer, daß die Verhandlungskommission ein unverbindliches Abkommen vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtmagistrats eingegangen sei, es sei von ihnen eine Magistratslösung noch am gleichen Abend beantragt die Forderung vom Oberbürgermeister aber abgelehnt worden.

Es folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen, dann wurde in die Abstimmung eingetreten. Die Anträge des Stadtverordneten Fabian (Deutschnat.), sowohl die Vorlage über die Arbeiterlöhne wie über die Angestelltenfrage erst einem Ausschuss zu überweisen, wurden mit den Stimmen der drei Arbeiterparteien und des Zentrums gegen die Stimmen des Bürgerblocks abgelehnt. Die Vorlage über die Arbeiterlöhne wurde dann ebenso wie die Vorlage über die Angestelltenfrage mit demselben Stimmenverhältnis 104 zu 98 angenommen.



Diese Marke

John einen Versuch.
In der 60.8 Preisliste ist sie entschieden ein Fall für sich. Urteilen Sie selbst!
Massary-Caid 60.8

Streifzüge durch die Quartiere des Elends

Bei den Ärmsten der Armen

Kerr — rr — rrrrr — rr — rr — ! Die Fernrufer in den Berliner Redaktionsstuben lägen ihr monotones Lied — rr — rr — rrrrr — rrrrr —. Die schmale Papierschlange, bedruckt mit eiligen Nachrichten, schiebt sich aus dem Kasten. WTB, meldet, daß in Berlin wiederum Plünderungen stattgefunden haben. Ueber 100 Verhaftete . . . Landfriedensbruch . . . Schupo in erhöhter Alarmbereitschaft . . . Die zuständigen Schiffsleiter erhalten die kurze Nachricht und schon kriechen geschäftige Federn Kommentare über das sinnlose Tun und Treiben der verzweifelt-hungernden und frierenden Menschen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schiebt den Vogel ab mit den hoffischen Worten: „Es ist höchst unangebracht, wenn sich die Reichshauptstadt von Pennbrüdern auf der Nase herumtanzen läßt.“

Bei den „Pennbrüdern“

Ein spinnwebgrauer Dezembermorgen. Die Luft ist schneidend kalt. Von den Häusern erkennt man nur die Konturen, ein unfreundlicher Nebel treibt sein Spiel in den Straßen Berlins. Am Marktall ist bei 6 Grad Kälte ein Kriegstrüppel und bettelt. Den Berichten der bürgerlichen Presse zufolge sollen diese Bettler und Kriegstrüppel so horrende Einnahmen haben, daß sie nicht die mindeste Lust verspüren, mit S. P. Ebert zu tauschen. Ja stand eine halbe Stunde neben dem Krüppel und konstatierte, daß er in dieser Zeit eine Einnahme von ganzen 65 Pfennigen hatte. Das sind die herrlichen Zeiten, denen ihn Wilhelm, der Ausrücker, entgegengeführt hat!

Doch weiter ins Herz des Elends hinein. In der Königstraße preisen fliegende Händler allerhand Weihnachtsstand an, wie Brummkreiseln, Hanswürste, Pelsmäntel an Gummistrippen und allerlei Scherzartikel, damit man in Gesellschaft nicht da stehen braucht, wie eine „leere Zigarrenkiste“. Trotz ihrer Witze machen sie schlechte Geschäfte. Bei Berthelm sind die eisernen Rolläden etwas hochgezogen, Holofadenfarbig blickende Hausdiener patrouillieren in Doppelposten. (Berthelm hat wohl in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ etwas von den „Pennbrüdern“ gelesen.)

Nun über den „Alexander“. Die vermanschte Berolina ist ein guter Wegweiser. Mit der linken Hand zeigt sie nach Nordosten, als wollte sie sagen: „Da geht's zur Palmel!“ So heißt im Volksmund das Apsl für Obdachlose. Es gibt in Berlin viele Straßen, die den Menschen unwillkürlich traurig stimmen. Eine dieser Straßen ist die Fröbelstraße mit der Altkaserne und der anschließenden „Ritterburg“, die hinter vergitterten Fenstern und doppelt verschlossenen Türen die erkrankten Mädchen der Straße beherbergt.

Im Apsl für Obdachlose

Troßlos wirkt es. Saal an Saal mit je 80 bis 90 Britischen. Als Wandschmuck in Lapidarschrift die Worte: „Rauchen verboten.“ Gegen Abend hält in diese Räume das leibhaftige Elend seinen Einzug. Im langen Zuge kommen zwei-, drei-, vier- oder gar fünfstausend Menschen angetrieben, in Lumpen gehüllt, kein Hemd auf dem Leibe, Lederbecher oder Pumpen an den Füßen, Hunger in den Gedärmen, Kälte in den Knochen, stadernde Unruhe in den tiefliegenden Augen. Alles durcheinander, alte und junge Männer, halbwüchsige Mädchen und alte Strahndiener. Und Anshnauer gibt es hier und Subordination, genau wie bei den „Brennen“. Ein Saal nach dem anderen füllt sich. Zerrißene Decken aus Papierstoff werden ausgegeben. Die sich bildenden Gruppen sind alles andere denn maulerisch. Dieser Apsl seine Pumpen zum ungeschätzten Wase, jener lieft einen Fehen Zeitung, ein anderer sucht Päufe, dieser wieder lümt und skandalisiert. In atembeklemmender Luft dann einige Stunden Schlaf.

Ihr moralisierenden hohen Herrschaften, seht euch den Schlaf dieser Menschen an! Hört dieses Stöhnen, das stille oder schmerzliche Weinen, das Klagen und Schimpfen! Beobachtet das unruhige Wälzen dieser Lumpenbündel! Es sind Menschen, die ein Recht auf das Leben haben, genau wie ein Stinnes, genau wie ein Fabrikant, Börsenspekulant, Reichswehroffizier, adlige und bürgerliche Schieber! Betrachtet dieses Elend in Reinkultur, und ob der vielgepriesenen deutschen Kultur überkommt euch, so wie es mir ging, das große Grausen. Diese Pennbrüder habt ihr geschaffen, ihr „Stützen der Gesellschaft“!

Morgens vor 6 Uhr wird in den „Palme“ gewedt. Dann gibt es eine Wasseruppe und ein Stück Brot. Gleich darauf werden die Hungernden und Frierenden wieder auf die Straße gejagt.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Hark. Copyright 1921 by Streicheln & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(7. Fortsetzung.)
 Réal setzte seine Erkundigungen fort:
 „Aber seht mal, wenn die Deutschen einmarschieren, um euch euer Haus zu nehmen, müßt ihr euch doch verteidigen.“
 Der alte Foucart, der gerade sein Messer am Grase abwuschte, knurrte:
 „Was sollen sie denn mit meinem Hause anfangen? Sie können es doch nicht mitnehmen.“
 „Sie können es zerstören.“
 „Eine Art Lächeln entblöhte das schadhafte Gebiß des Alten:
 „So, und wo werden sie dann selbst wohnen?“
 „Jedenfalls können sie euch vertreiben.“
 Der junge Foucart blinzelte Réal aus halbgeschlossenen Augen schlaun an und sagte:
 „Na, wer wird denn dann das Land bestellen? Man braucht doch Getreide, um Brot zu backen.“
 „Sie können euch euer Geld nehmen.“
 „Und womit soll ich dann das einkaufen, was sie verlangen wollen?“
 „Und wenn sie euch alle beide niederknallen?“
 Die Bauern grinsten.
 „Lassen Sie mich zufrieden.“ sagte der Alte, indem er mit einer Abwehrbewegung den linken Arm schlenkerte, „lassen Sie mich zufrieden mit diesen Geschichten. So etwas kommt, wenn man es an den Haaren herbeizieht. Wissen Sie, ich habe einen Bruder in dem vormals besetzten Gebiet, bei Charleville.“
 „Run und?“
 „Run und — es ist ihm recht gut gegangen. In der ganzen Gemeinde haben sie an die Deutschen verkauft und sind pünktlich bezahlt worden, kann ich Ihnen sagen.“
 Réal empfand ein Mißbehagen. Die Selbstsucht dieser Bauern ärgerte ihn. Mit Unruhe erkannte er eine Uebereinstimmung zwischen diesen Aeußerungen, die aus der gekunden Verunsicherung der Bauern kamen, und den Ansichten, die Jacobis Freund vorgebracht hatte. Sollte es zutreffen, daß vernünftige Nachgiebigkeit mehr Sinn hat als ver-

Sie gehen betteln, prostituierten sich, stehlen, plündern oder sterben — nein, verreden wie ein Stück Vieh. Pennbrüder. . .

Wärmehalle Dirschenstraße

Ein anderer Unterschlupf des Elends: Wärmehalle Dirschenstraße. Auf Holzbankeln lauern hier Männer und Frauen. Gasöfen spenden Wärme, ein Geruch nach alten Lumpen, gekochtem Gemüse und Lajol füllt den unheimlichen Stadtbahnbogen. Einige der Besucher — Obdachlose, Arbeitslose, Menschen, die sich kein warmes Zimmer leisten können — schlafen. Es ist dasselbe Bild wie im Apsl für Obdachlose, nur in den hellen Tag verlegt. Elend und wieder Elend, Hunger und Kälte. Wenn man es sieht, kann man sich über die Plünderungen nicht mehr wundern. Diese von der Zentrifuge des Kapitalismus entwurzelten Menschen wollen nicht verhungern, sie wollen nicht frieren, — sie wollen leben! Und deshalb plündern sie! Die Offiziere im Kriege haben „requiriert“. Diese Plünderer da überlegen nicht, daß sie ihr Los um kein Jota verbessern, es sei denn, daß sie das Gefängnis als Zuflucht betrachten und den Willen haben, ins Gefängnis zu kommen.

Verhaftet

„Ueber 100 Siffrerte“ stand im Polizeibericht. Die Festgenommenen werden von Kriminalbeamten eingehend vernommen und nach den Motiven ihrer Tat gefragt. Stumpfsinnig sitzen sie im Vernehmungszimmer des Polizeipräsidiums und geben auf alle Fragen willig Auskunft. Mancher der Festgenommenen scheint am Ziel seiner Wünsche zu sein. . .

Wie ist nun alles gekommen? Obdachlose und Arbeitslose trafen sich am Rosenthaler Platz. Eine Kommission, je zur Hälfte aus Arbeitslosen und Anklisten bestehend, ging zum Oberbürgermeister. Diesem unterbreiteten sie ihre Forderungen: 1. einmalige Auszahlung von 100 Mark; 2. Befreiung der Mißstände im Apsl in bezug auf Behandlung und Unterkunft; 3. Befreiung des Verwarnungssystems im Apsl.

Die Forderungen werden nicht erfüllt. Der Zug marschiert leht geschlossen nach dem Bülowplatz. Dort fordert der Sprecher der Elendskader die Demonstranten auf, sich aufzulösen. Es bilden sich jedoch einige Trupps. Bald flirrt die erste Fensterheibe. So steht es im Protokoll. Nach Ansicht der bürgerlichen Presse sind kommunistische Drahtzieher die Schuldigen. Anfall! Die Festgenommenen sind meist junge Leute, weder politisch, noch gewerkschaftlich organisiert, dafür aber ausgehungert, zerlumpt, verlaugt und ohne Unterkommen.

So leben sie: die Pennbrüder der „Deutschen Allgemeinen“. Wohntwegen ist die Schupo in erhöhter Alarmbereitschaft, überwegen werden allerhöchste Maßnahmen gefordert und durchgeführt von denselben Leuten, die die Schlemmerzeilen der Schieber und Spekulanten ganz in der Ordnung finden und jedes Verbrechen, jede Schiedung, jede Gemeinheit, sofern sie nur von einem Angehörigen der herrschenden und beherrschenden Klasse begangen wird, gutheißt, wie einst die Barbarenen der entseelten Kriegesbeute.

Daß mich zufrieden mit Kultur, Gerechtigkeit, Christentum und ähnlichen Nachworten der intelligenten Kulturmenschen! Man fühlt sich mit Charles Richet in der Gesellschaft der Pinguine und Bisons wohler. Sie haben zwar nicht die Intelligenz des Homo sapiens, kennen dafür aber auch nicht dessen Heuchelei, Gemeinheit und Niederträchtigkeit. Tyllus.

Klante haltunfähig. Max Klante, der Begründer des berühmten Klante-Konzerns, wird demnächst aus der Untersuchungshaft entlassen werden, da er nach dem Gutachten des Geheimrats Prof. Dr. Klemperer und des Gerichtsarztes Dr. L. Hirsch schwer lungenleidend ist und eine Aufrechterhaltung der Haft sein Leben gefährden würde. Gerichtsarzt Dr. L. Hirsch hat daher den Antrag gestellt, Klante aus der Untersuchungshaft zu entlassen, und diesem Antrage wird stattgegeben werden müssen.

Ein Nordgerücht war gestern vormittag in Lichterfelde-West verbreitet. Dort wurde der 50 Jahre alte Wächter August Schäfer in einem Stall in einer Blutlache tot aufgefunden. Es wurde die Nordkommission alarmiert und ein Arzt hinzugerufen, der jedoch feststellte, daß der Mann einem Blutsturz erlegen ist.

Einsichtige Geschworene. Ein von einsichtsvoller Menschlichkeit zugeordnetes Urteil wurde in dem Prozeß gegen die Wirtschaftlerin Lina Sommer gefällt. Diese war beschuldigt, ihren Liebhaber, den 52-jährigen Kaufmann Fritz Köhler, mit dem sie 18 Jahre lang ein Liebesverhältnis gehabt hatte, auf offener Straße erschossen zu haben, weil er sie hatte sitzen lassen. Auf Grund der von den Rechtsanwälten Bahn und Dr. Wisloch

gestellten Beweisanträge, die dahin gingen, daß die S. die Tat in einem Zustande augenblicklicher Geistesverwirrung begangen habe, verneinten die Geschworenen die auf Nord, Totschlag und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang lautenden Schuldfragen. Als das auf Freisprechung lautende Urteil verkündet wurde, ertönte, wie in einem Theater, aus dem Zuhörerraum lautes Brorufen und Händeklatschen, was von dem Vorsitzenden mit Recht ernstlich getügl wurde.

Wie Potentaten reisen

Herr Stinnes kauft Salonwagen

In früheren Jahren war bei „Reisen allerhöchster und höchster Herrschaften“ bei der Eisenbahn ein ganz besonderes Zeremoniell vorgeschrieben. Der Teppich auf dem Bahnsteig mußte genau in der Mitte des Bahnsteigs, nach Zentimetern abgemessen bereitliegen. Auf der Lokomotive des Zuges saße selbstverständlich ein Geheimer Oberregierungsrat „zur Kontrolle“ mit. Im Zuge selbst waren mehrere höhere Beamte der Winte des Allgewaltigen gewärtig. Der Abreise, wie Ankunftsstation war die Länge des Zuges in Metern und Zentimetern genau mitgeteilt worden. Auf der Ankunftsstation mußte ein technischer Beamter den Bahnsteig von der Mitte des Teppichs aus genau vermessen und an dem Punkt Aufstellung nehmen, an dem die Lokomotive halten mußte. Die Mitte des Trittbrettes des Wagens, aus dem die „allerhöchsten und höchsten Herrschaften“ aussteigen wollten, mußte mit der Mitte des auf dem Bahnsteig liegenden Teppichs genau abstimmen.

Dieser ganze maskenballartige Aufzug war durch die Dienst-vorrichtungen genau geregelt und wird heute noch, insbesondere in Hannover, vom dortigen Oberbahnhofsvoorsicher bei Reisen des Herrn von Hindenburg bis auf das i-Tüpfelchen befolgt.

Nachdem im November 1918 das deutsche Volk sich eine andere politische Staatsform gegeben hat, insofern, als es zum mindesten die gekrönten Richter davonjagte, schwer deren un- gekrönte Nachfolger aus der Schwerindustrie und wollen gern dieselbe Rolle spielen, wie es früher die gekrönten Herrschaften taten.

So erschien am Sonnabend, den 3. Dezember 1921, in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Tempelhof Se. Majestät der all-gewaltige Herr Hugo Stinnes, um sich einen Salonwagen der Eisenbahnverwaltung zu kaufen. Seinem gnädigen Auge gefiel Salon Nr. 4, ein dreischöpiger Salonwagen, welcher früher der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt war. Schon bis heute hat es Herr Stinnes bei Reisen dauernd zu gehalten, daß er einen Extrawagen beanspruchte und tarifmäßig mit 12 Fahr-karten 1. Klasse bezahlte. Wird beruläßigt, daß ein D-Zug-wagen selten vorhanden sein dürfte, welcher nicht mindestens 40 Sitzplätze erfordert, so ist der Beweis erbracht, daß Herr Stinnes, da er dauernd nur 12 Plätze für diesen Wagen bezahlte, an dem ungeheuren Defizit der Eisenbahn selbst mitschuldig ist. Die anderen Plätze müssen leer laufen, verursachen Kohlen-, Delverluste usw.

Ob er mit der Eisenbahnverwaltung zwecks Ankauf des Wagens handelseinig geworden ist, entzieht sich vorläufig noch unserer Kenntnis. Was für eine Freude für den deutschen Steuerzahler wird es sein, zu wissen, daß der allgewaltige Hugo Stinnes, da er nicht schon die ganze Eisenbahn kaufen kann, so doch zum mindesten im eigenen Salonwagen durch die Lande faßt und im Bahnhof nach dem alten Zeremoniell mit Teppichen, Blattsplanzen usw. empfangen wird.

Es sei daher an die Eisenbahnverwaltung die höfliche An-frage gerichtet, ob Herr Hugo Stinnes auch gleichzeitig die Führerzimmer auf den Bahnhöfen zu seiner freien Benutzung zugewiesen erhält; denn sehr viele dieser früher fast immer leer-stehenden Räume sind auch heute noch nicht in Benutzung. Es rührt wahrscheinlich daher, weil sehr viele „Untertanen“ die heiligen Schwere ehrfürchtiger Liebe und Treue seit dem Novem-ber 1918 noch nicht ganz überwunden haben und sie nun dem Herrn Stinnes, als dem Allgewaltigen Deutschlands, gern zu Füßen legen wollen.

Zu dem Verbrechen am Engelstee am Ehefrau Kägelin aus Glentide wird berichtet, daß deren Ehe-mann, der Eisenbahn-arbeiter Karl Kägelin, in Glentide vorgelesen unter dem bringen-den Verdacht, seine Frau ins Wasser geworfen zu haben, ver-

zweifelte Gegenwehr? Aber wie konnten denn die Leute leht so sprechen, da zu Kriegsbeginn alle Landarbeiter mit so einhelliger Begeisterung ins Feld gezogen waren?

„Na, im August 1914 habt ihr nicht so gedacht“, wandte Réal ein.

Der jüngere Foucart sann ein wenig, wobei er die Zähne mit der Zunge reinigte.

„Ja, als wir damals auszogen, glaubten wir, daß wir die Prustos tüchtig verhauen würden. Aber heute wissen wir . . .“

„Was wißt ihr?“ fragte Réal.

„Sapperment, wir wissen, daß sie nicht so übel sind, wie man uns vorgezwacht hat. Wenn sie loschlagen, gibt's nichts zu lachen . . . Aber sonst . . .“

„Aber sonst?“

„Sind sie Menschen wie wir. Mein armer kleiner Bruder hat Deutschland kennen gelernt, bevor er nach dem Orient mußte. Er war zwei Jahre lang Gefangener. Zuerst, im Lager, ging's ihm dregig . . . Aber dann war er auf Ar-beitskommando, wie sie es nennen. Das heißt, er war bei Landleuten. Nun, er hat uns geschrieben, daß sie ihn wie ihregleichen behandelt haben. Er hat sogar mit ihren Kindern gespielt.“

Der Alte hatte kopfnidend zugehört und fügte hinzu:
 „Wir hatten hier deutsche Gefangene. Ich allein hatte drei. Nun, ich kann sagen, bessere Arbeiter habe ich nie ge-sehen. Ich schwöre Ihnen, daß ich gern meine Tagelöhner gegen sie austauschte. Hätte ich sie nach dem Waffenstill-stand behalten dürfen, mir wär es recht gewesen. Und sie hatten gute Sitten, waren höflich und äkes. Durh und durch brave Burtschen . . .“

Der Sohn jündete seine Pfeife an und stimmte zu:
 „Recht hat der Vater . . . Als ich bei Soissons lag, hatten wir erpät, daß im Graben uns gegenüber Bayern lagen. Kein Mensch schoß. Unter ihnen gab es welche, die französisch sprachen. Und einer sang so schön wie in der Kirche. Nachts fragten sie oft, was wir hören wollten. Wir liegen dann aus dem Graben und setzten uns auf die Böschung . . .“

„Nein, man hat sich gegenseitig nichts zuleide getan.“
 „Waren Sie noch dabei?“ fragte Réal, „als unsere Truppen den Rhein besetzten?“

„Ja freilich,“ antwortete der jüngere Foucart, „drei Monate — das war ein Leben.“
 Mit derdem Lachen erzählte er:

„Da gab es ein Gretchen, das mich durhaus heiraten wollte. Uebrigens, sie war auch sonst ganz niedlich.“

„Haben Sie auch Elässer da unten getroffen?“

„Glaub's wohl“, veretzte Foucart, „Die meisten standen freilich an der russischen Front. Ich habe aber auch Friesen“) gefunden, die zwei Monate lang den Abschnitt mir gegenüber hielten. Da bei La Boisselle. Sie kannten ihre Spighnamen sehr gut. Es war tollig. Man schwachte ihr Kauderwelsch und man verstand sich so ungefähr. Man trank auch mal einen Schlud zusammen, aber im geheimen, denn wenn es die Offiziere gesehen hätten . . .“

Während Zeichen von Reigung zwischen Unglücks-gefährten! Wie konnten sich die Wölfer so lange gegenseitig morden?

Réal fragte weiter:
 „Und während des ganzen Krieges hat kein einziger in Ihrem Regiment gefunden, daß die Sache denn doch zu weit geht?“

„Doch wohl . . . Einmal, als wir in einer Ruhestellung bei Compiègne waren, da wurden wir gesucht wie die Ste-nadein. Wir dachten, wir sollten zum Angriff angefeht werden. Aber nein! Es waren Kerle vom fünften Korps, die Aufrubr predigen wollten. Sie mochten nicht mehr. Aber man hat sie zur Bernunft gebracht. Ich glaube, die Gendarmen haben ganze Arbeit getan. Viele von ihnen wurden erschossen. Arme Burtschen . . .“

Der alte Foucart klopfte bedächtigt seine Pfeife an seinem Daumennagel aus und erklärte:
 „Ja, das ist auch richtig so. Sie waren einmal da, also durften sie nicht aufmucken. Alles, was recht ist.“

„Stimmt“, gab der Sohn zu.

Réal war verblüfft. Dieselben Menschen, die vom Krieg soeben noch mit solchem Widerwillen gesprochen hatten, die selbst der Einmarsch der Feinde gleichgültig ließ, tabelten jene Leute, die versucht hatten, ihre eigene Theorie in die Tat umzusetzen? Er empfand den ungeheuren Widerspruch zwischen den Lebensnotwendigkeiten dieser einfachen Leute und den Pflichten, an die sie sich gedunden fühlten.

„Also was tötet ihr,“ fragte er, „wenn das Vaterland in Gefahr wäre?“

Beide Foucarts saßen ihr Handwerkszeug, als wäre es eine Waffe.
 (Fortsetzung folgt.)

*) Fritsch ist der französische Spighnamen für die Elässer. Anmerk. v. Ueberl.

Die Urwahl zum Parteitag in Leipzig

Genossinnen und Genossen!

Sonnabend, den 10., und Sonntag, den 11. Dezember,

findet in der Stadtgemeinde Berlin und den zum Wahlbezirk Berlin gehörenden Ortsgruppen die Urwahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig statt.

Die Wahlzeit ist: Sonnabend von 5-9 Uhr abends, Sonntag von 10-1 Uhr mittags. (Wo eine andere Wahlzeit festgesetzt ist, ist dieses besonders angeführt.)

Wir erwarten, daß alle Mitglieder an der Urwahl teilnehmen. Wahlberechtigt ist, wer mit seinen Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande ist. Zwecks Kontrolle der Wähler wird die Mitgliedsliste mit einem Stempel versehen.

Die Kandidatenliste ist laut Beschluß des Zentralvorstandes alphanetisch geordnet.

Nachstehend die Wahllokale:

1. **Distrikt: Hagen, An der Stralauer Brücke 8; Baum, Stallstraße 47; Prasser, Michaelstraße 29 a.**
 2. **Distrikt: Aug. Kulak, Kaiserstr. 41 (I. Abt.); Aug. Kurzdorf, Janskyplatz 5 (II. Abt.); Hugo Wiebe, Kupferstr. 49 (III. Abt.); Aug. Pöschke, Georgenstraße 14 (IV. Abt.); Eugen Seifert, Gormannstr. 23 (V. Abt.).**
 3. **Distrikt: Dams, Schlegelstr. 19.**
 4. **Distrikt: Wiemers, Wilmsstr. 58.**
 5. **Distrikt: Brems, Melancthonstraße 23; Kaiser, Gohlisstraße 34.**
 6. **Distrikt: 1. Abt. Günther, Kolloder Str. 42; 2. Abt. Krüger, Puffstr. 10; 3. Abt. Ufenbach, Perleberger Straße 52.**
 7. **Distrikt: 1. u. 2. Abt. Caros, Voltastr. 37; 3. Abt. Kopp, Ewinemünder Str. 30.**
 8. **Distrikt: 1. Abt. Barleben, Burgsdorf, Ede Widenowstraße; 2. Abt. Erdmann, Schönwalder Str. 25.**
 9. **Distrikt: 1. Abt. Paul Kroll, Ullricher Str. 21; 2. Abt. Hugo Haupe, Weißer Straße.**
 10. **Distrikt: 1. Abt. Grunert, Banstr. 50; 2. Abt. Frisch, Drontheimer Str. 4; 3. Abt. Mann, Christiania, Ede Wiegner Straße.**
 11. **Distrikt: 1. Abt. Ring, Danziger Str. 71; 2. Abt. Hoffmann, Lindener Str. 8; 3. Abt. Klingel, Dunderstraße 83; 4. Abt. Mahkopf, Carmen-Engel-Str. 123.**
 12. **Distrikt: 1. Abt. St.-Bez. 559, 560, 561 bei Tambour, Schivelbeiner Str. 10; St.-Bez. 562, 563, 569 bei Höfne, Stolpische Str. 37; St.-Bez. 564, 564 a bei Hempe, Bornholmer Straße 72; St.-Bez. 565, 567, 568 bei Hieske, Stolpische Str. Nr. 15; St.-Bez. 566, 568a, 570, 570a bei Hand, Walmder Str. Nr. 21; St.-Bez. 571, 572 bei Rebs, Walmder Str. 25; 2. Abt. St.-Bez. 575, 576, 577 bei Glesche, Kopenhagener Str. 74; St.-Bez. 578, 574, 580, 578 bei Mehler, Gaudstr. 6; St.-Bez. 582, 583, 583 a, 584 bei Göde, Kopenhagener Str. 26; St.-Bez. 579, 581, 581 a, 582 a bei Pieisch, Gleimstr. 56.**
 13. **Distrikt: Büttner, Schwedter Straße 23.**
 14. **Distrikt: Callas, Barnimstr. 20; Bilgcker, Blumenstraße 34; Hübner, Grüner Weg 65; Wenzel, Friedenstr. 71.**
 15. **Distrikt: 1. 2. 3. Abt. bei Neumann, Ede Gohlerstr. und Markgrafendamm, 4. 5. 7. Abt. bei Laulus, Fruchstr. 17, 6. 8. 9. Abt. bei Rade, Warschauer Straße 17.**
 16. **Distrikt: Schwickard, Alte Jakobstraße 23-24.**
 17. **Distrikt: 1. u. 2. Abt. bei Redlich, Gneisenaustr. 17, 3. Abt. bei Bieler, Dieffenbachstr. 76, 4. Abt. bei Kern, Schönleinstr. 26.**
- Wahlzeit für den 10. Distrikt nur Sonntag von 9-2 Uhr.
20. **Distrikt: Vogel, Briher Str. 46, Lier, Raumnstr. 9, Wackmann, Grünauer Str. 32, Bretag, Reichsberger Straße 83, Freudiger, Bülcherstr. 39, Ballentyn, Gohlischer Str. 72, Plienhal, Stallstr. 69.**
- Charlottenburg: In den Zahlendistrikten.
- Siemensstadt: Rischke, Ede Siemens- und Volkstraße.
- Staaten: Gartenstadtstraße, Staaten.

- Spandau: Abt. Neustadt: Köhlschmidt, Reuendorferstr. 87, Abt. Nikstadt: „Zum Afrikaner“, Fischerstraße.
- Abt. Wilhelmshagen: Wind, Fichelsdorfer Straße 5.
2. **Verwaltungs-Bezirk Schmargendorf und Grunewald:** bei Baher, Breite Straße, 1. Abt. bei Sandmann, Halensee, Westfälische Str. 42, 2. u. 3. Abt. bei Kulla, Lauenburger Straße 22, 4. Abt. bei Schäfer, Auguststr. 30.
- Zehlendorf: Abt. Hoffmann, Teltower Straße 24; am Sonntag von 10-1 Uhr.
- Wannsee: Rest. Gullay Koch; Wahlzeit Sonnabend, 10. Dezember, abends von 7-10 Uhr.
- Steglitz: am Sonnabend von 7-9 und Sonntag von 9-12 Uhr im Bahnhofsgebäude, Bez. 1-3 bei Rangl, Fichtstr. 4, Bez. 4-7 bei Thiel, Abrecht, Ede Ringstraße.
- Niederhagen: nur Sonntag von 10-1 Uhr, bei Fleischer, Baalestraße 7.
- Pankow: Sonnabend von 7-9 Uhr bei Wille, Kaiser-Wilhelm-Str. 46, Sonntag von 10-12 Uhr bei Fabich, Lessingstraße 1.
13. **Berm. Bezirk: Streiter, Mariendorf, Chausseestraße 27; Karlsruh: Gaele, Dönhoff, Ede Rixstraße, am Sonnabend von 8-9 und Sonntag von 10-12 Uhr.**
- Treptow: Freiheit-Sped. Weiß, Riefholstr. 18b.
- Baumhakenweg: Lohal Atauje, Riefholstraße.
- Oberschöneweide: Pamp, Wilhelmshagenstr. 44.
- Niederhagen: Köh, Berliner Straße 26.
- Niederhagen: Schröder, Ede Rablde- und Handbergstraße.
- Johannisthal: Schreiner, Riefholstraße 6.
- Alt-Hagen: Neumann, Rudower Straße.
- Hallenberg: Meier, Straße am Hallenberg.
- Hennsdorf: 1. Bez. Kirnse, Schindlerstraße 12; 2. Bez. Ribbe, Hohreiterstr. 9; 3. Bez. Stenzel, Fannierstraße 59; 4. Bez. Lehmann, Teltstraße 6; 5. Bez. Ideal-Kasino, Reichstraße 8; 6. Bez. Baile, Judo, Ede Reichstraße; 7. Bez. Kassahn, Edestraße 8; 8. Bez. Köderich, Jankstraße 8; 9-12. Bez. Priglow, Richardstr. 53; 13. Bez. Junk, Wallerstraße 27; 14. Bez. Rebes, Emser Str. 97-98; 15. Bez. Tiele, Emser Str. 31; 16. Bez. Zengel, Schillerpromenade 26; 17. Bez. Bieler, Thomaststraße 22; 18. Bez. Pietrowski, Steinmeierstr. 87; 19. u. 20. Bez. Hübner, Zieschenstr. 58; 21. Bez. Heide, Wellstr. 8; 22. Bez. Großhahn, Wellstr. 3; 23. u. 24. Bez. Köster, Karlsruhstr. 4; 25. Bez. Schröder, Birk, Chausseestraße, Ede Franz-Körner-Straße.
- Lichtenberg-Stadt: 1. Viertel Dredmann, Gärtnerstr. 1; 2. Viertel Seipke, Kronprinzenstr. 47; 3. Viertel Albrecht, Borhagener Straße 62; 4. Viertel Gärtner, Türschmidtstr. 44; 5. Viertel Hübner, Prinzenallee 6; 6. Viertel Haß, Wöllendorferstraße 106-107.
- Lichtenberg-Land: für Kanisdorf d. Schmach, Hönowerstraße 5. Die Wahl findet am Sonnabend, 7-9 Uhr, statt.
- Friedrichsfelde: Tempel, Prinzenallee 30.
- Biesdorf: Schiller-Säle, Königsstraße 120. Wahlzeit Sonnabend nachm. 6-9 Uhr.
- Reichenow: Abt. Nagel, Lotharinger Straße; Kiehlbusch, Kronprinzenstraße; Max Bohmann, Langhansstraße; Koh, Neumann, Charlottenburger Straße; M. Lange, Viktorienstraße 18; „Grüner Baum“, Berliner Allee 199.
- Pankow: 1. Abt. Griffele, Kaiser-Friedrich-Straße 15; 2. Abt. Hubert, Damerowstraße 56; 3. Abt. Hofsche, Florastraße 24; 4. Abt. Rönneberger, Wollanstraße 72.
- Niederhagen: 1. Abt. Kündl, Bismarckplatz; 2. Abt. Buschmann, Edestraße 11.
- Buchholz: Max Klünder, Berliner Straße.
- Carow: Rest. Herbst, Bahnhofsstraße.
- Wuh: Rest. „Zur Lanne“.
- Wartenfelde: Rest. Staab.
- Waldmannsdorf: Schweitzerhaus, Dianastraße 30.
- Hermisdorf: Krenzbusch, Berliner, Ede Bahnhofsstraße.
- Reinickendorf-West: Volkshaus, Schornweberstraße.
- Reinickendorf-Ost: Seebad, Jugendhalle.
- Tegel: Lehnhardt, Berliner Straße.
- Tegelort: Jurod, Scharfenberger Straße 30.

hastet wurde. Nagelein bestritt die Tat noch ganz entschieden. Jengen befanden, daß er wiederholt geäußert habe, daß er froh wäre, wenn er seine Aste los werden würde. Er selbst führte einen fleißigen Lebenswandel, was seine Frau veranlaßt hatte, sich von ihm zu trennen. Nagelein gibt an, daß seine Frau schon früher Selbstmordversuche unternommen habe. Das bestritt jedoch wieder deren Angehörige. Bis zur weiteren Aufklärung bleibt der Verhaftete in Polizeigewahrsam.

Staffelung des Schulgeldes

Durchführung des Antrages der U. S. P. D.
Der Magistrat Berlin hat beschlossen, dem Antrag Dr. Bengel entsprechend, an den höheren städtischen Schulen in Groß-Berlin das Schulgeld von 500 M. nur von den Jensten einzuziehen, die ein größeres Einkommen versteuern. Eltern mit geringerem Einkommen sollen in Zukunft für ihre Schulkinder ein ermäßigtes Schulgeld, d. h. ein Schulgeld nach progressiven Sätzen am Einkommen bemessen, zahlen. Danach wird es also vom nächsten Jahre in den Berliner Schulen Kinder geben, für die 500 M. und erheblich weniger Schulgeld erhoben wird, d. h. also, Kinder 1., 2., 3. und 4. Güte nach dem Geldbeutel der Eltern. Tausende von Beamten werden notwendig sein, die genaue Progression nach dem Einkommen der Eltern festzustellen. Die Beschwerden werden nicht gering sein.

Die Kündigungen der Junglehrer

Heute abend 7 Uhr findet in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums, Georgenstraße, eine Protestversammlung gegen die Protokollmachung der Junglehrer statt. Die gesamte Lehrerschaft Groß-Berlins, besonders die Junglehrer und Junglehrerinnen, ist dazu eingeladen. Es gilt, die von dem Beschluß der Schuldeputation Betroffenen vor dem Hunger zu bewahren. Vorkonferenz der Versammlung ist die Freie Lehrergewerkschaft.

Zahlung der Reichseinkommensteuer durch Steuermarken

Vom Landesfinanzamt wird mitgeteilt: In letzter Zeit ist das Publikum durch Verbreitung der Nachricht, daß die für das Rechnungsjahr 1920 (1. 4. 1920 bis 31. 3. 1921) verwendeten und entwerteten Steuermarken bis Mitte Dezember 1921 bei der zuständigen Steuerkasse eingeleistet sein müßten, da sie sonst verfallen würden, beunruhigt worden. Diese Nachricht trifft nicht zu. Es steht selbstverständlich den Steuerpflichtigen frei, jederzeit die genannten Steuermarken bei der zuständigen Kasse gegen Quittung abzuliefern. Da jedoch inzwischen mit der Aufstellung der Steuerbescheide über die endgültige Veranlagung für 1920 begonnen ist, empfiehlt es sich, zwecks Erspareng unnötiger Fahrtkosten und zur Entlastung der Kassen, den Steuerbescheid für 1920 abzuwarten und alsdann mit diesem zusammen die Steuermarken der Kasse zwecks Verrechnung vorzulegen.

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarierjugend

Sonnabend 18 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinsstraße 31-34. Begrüßungsfeier zur Bezirkskonferenz. Das Programm besteht aus Rezitationen, Chorgesängen, Liedern zur Laute und der Aufführung einer Scene aus „Der Wandlung“ von Tolstoj. Auch erwachsene Genossen sind willkommen. Eintritt frei.

Schundbekämpfung. In der letzten Delegiertenversammlung des Ortsausschusses für die Jugendpflege Neuköllns wurde nach eingehendem Bericht des Stadtrats Schneider über die bisherige Arbeit des Jugendamtes in Kampfe gegen die Schundliteratur eine Resolution von allen Anwesenden gefaßt, in der vom Berliner Polizeipräsidenten energische Maßnahmen gegen die Lumpen-, Stragen- und Altpapierhändler gefordert werden, die durch den Vertrieb hygienisch nicht einwandfreier Bücher die Jugend auch gesundheitlich gefährden, ganz abgesehen von der geistigen Gefährdung.

Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Im größten Saal Wilmersdorfs sprach am Mittwoch vor vollbesetztem Hause Genosse Crispian über „Kapitalistischer Schandfleck und sozialistische Rettung“. Durch reichen Beifall dankte die begeisterte feine Ausführungen folgende Versammlung dem Referenten für sein so überaus lehrreiches und interessantes Referat. Nachdem Genosse Crispian in seinem Schlusswort den Diskussionsredner der zahlreich erschienenen Kommunisten in geradezu meisterhafter Weise abgefertigt, schloß Genosse Claus mit einem Hoch auf die U. S. P. die Versammlung. Mehrere Neuaufnahmen zeigten auch äußerlich, daß diese Versammlung in dem ergreiferen Besten ein voller Erfolg für uns war. — In Steglitz sprach vor gleichfalls ausgezeichneter Besucher Versammlung Genosse Wid-Frankfurt a. Main. Seine vorzüglichen Ausführungen fanden reichen Beifall und wurden auch von kommunistischer Seite anerkannt. Die Versammlung nahm einen würdigen und erhebenden Verlauf.

Oyster der Arbeit. Gestern mittag wurden im Keller des Hauses Dorffingerstr. 18 der 62 Jahre alte Rohrleger Wilhelm Jänich aus Schöneberg und der 57 Jahre alte Rohrleger Robert Bede aus der Lehrtor Straße 54 betäubungslos aufgefunden. Beide hatten sich am Vormittag in den Keller begeben, um eine Reparatur an einem schadhaft gewordenen Gasmeßer vorzunehmen. Dabei sind sie von den ausströmenden Gasen betäubt worden. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte beiden keine Hilfe mehr bringen, da inzwischen der Tod eingetreten war.

Stellungnahme zum Parteitag

Niederrheinischer Bezirksparteitag
Am 4. Dezember tagte in Düsseldorf der Bezirksparteitag des Bezirkes Niederrhein. Von allen Ortsgruppen waren Delegierte erschienen. Der Zentralvorstand wurde durch die Genossin Wurm vertreten, ebenso waren Abgeordnete des Reichstages, Landtages und rheinischen Provinziallandtages zugegen. Die anschließende Zahl von 90 Delegierten der Organisationen, der Bezirksleitung, Soz. Proletarierjugend und Parteipresse erzielten für den Bezirk und die Gesamtpartei wichtige Arbeiten. Neben der Entgegennahme der Berichte über den Stand der Organisation in den einzelnen Orten, war die grundlegende Beratung eines Organisationsstatutes für den Bezirk ein wichtiger Punkt der Tagesordnung. Das Statut soll die Grundlage für die nach dem allgemeinen Parteitag zu errichtende Landesorganisation Rheinland und Westfalen werden. Es wurde nach einigen kleinen Änderungen, die im Laufe der Diskussion begründet wurden, gegen eine Stimme nach dem Vorschlage der Bezirksleitung angenommen. Zur Hebung der finanziellen Lage wurde eine Beitragserhöhung ab 1. Januar 1922 beschlossen, wonach für männliche Mitglieder monatlich 3 Mark und für weibliche 2 Mark Beitrag erhoben werden soll. Außerdem wurde für Dezember die Erhebung eines doppelten Monatsbeitrages beschlossen. Mit der Annahme dieser Anträge zeigte der Bezirksparteitag, daß er die Parteibewegung des Bezirkes auch finanziell auf eine gesunde Grundlage stellen will.
Einen großen Teil der Tagung nahm die Besprechung des Parteitages in Leipzig in Anspruch. Im einleitenden Referat behandelte Genosse Verten Düsseldorf die allgemeine politische Lage und die Stellung unserer Partei zur Regierungsbildung. Ein Antrag, der gegen die Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien Stellung nimmt, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine große Mehrheit sprach sich auch für die Bekämpfung der „Kämpferin“ in ihrer bisherigen Ge-

haltung aus. Die Frage der Umgestaltung des Parteiprogramms wurde besprochen und in der Stellungnahme dazu betont, daß die grundsätzliche theoretische Grundlage des Erarbeiteten Programms nicht auszugeben werden soll, sondern zu erweitern ist auf die Erfahrungen, die das konzentrierte Finanzkapital auslöst. — Die Haltung der Fraktionen in den Parlamenten wurde gebilligt.

Die Bremer Genossen zum Parteitag

Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Bremen nahm folgende Anträge zum Parteitag an:
„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, nichts unversucht zu lassen, um die Schulung der Arbeiterschaft über ökonomische und weltpolitische Fragen zu fördern. Die Möglichkeit der Errichtung einer Parteischule soll dabei geprüft werden.“
Zur Internationale: Die Versammlung erklärt sich einverstanden mit der Stellungnahme der Vertreter der Wiener Arbeitergemeinschaft auf der Konferenz in London, nach der zu geeigneter Zeit eine Basis für alle drei internationalen Verbände gefunden werden muß, aber von der einseitigen engeren Fühlungnahme nur mit der zweiten Internationale Abstand genommen wird. Dieses letztere würde das Zusammenfinden mit der linksstehenden Arbeiterschaft unnötig hinausschieben.“
Zur Reichstagsfraktion: Die Parteivertretungen sind gehalten, eine Taktik zu befolgen, die den Klassenkampfstandpunkt unserer Partei für jeden Arbeiter klar erscheinen läßt.“
Zum Organisationsstatut: § 8 Absatz 5. Am Schluß wird zwischen den Worten „und“ und „mitzuzuschließen“ eingefügt: „Soweit Reichslisten in Frage kommen.“
Bez. Personalunion: „Die Erfahrungen bei Ausbruch des Krieges sowie der Charakter der Zentralleitung als Kontrollinstanz erfordert die Vermeidung einer Personalunion bei Zentralleitung und Landtags- und Reichstagsfraktion sowie den Schriftleitern der Zentralorgane der Partei. Läßt sich dieser Mißstand nicht ganz vermeiden, so darf höchstens der dritte Teil der Zentralleitung mit Abgeordneten besetzt werden.“

Die U. S. P. Groß-Dresden zum Parteitag

Der Kreisverein Groß-Dresden der U. S. P. nahm einstimmig nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Rißau nachstehende Entschlüsse an:
„Die Gestaltung der politischen-ökonomischen Verhältnisse macht es der U. S. P. zur Pflicht, grundsätzlich sozialistische Politik zu treiben. Da der Klassenkampf der vorwärtstreibende Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung ist, erwarten wir vom Leipziger Parteitag ein erneutes Bekenntnis zur Klassenkampfidee und taktisch. Wir erstreben den Zusammenbruch des gesamten Proletariats zu einer einheitlichen Kampffront. Das Ziel kann aber nur auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus erreicht werden. Der Parteitag der U. S. P. in Leipzig muß daher die utopische Revolutionsmacheri von links wie die reformistische Ausgleichspolitik von rechts ablehnen.
Gemäß unserer grundsätzlichen Auffassung fordern wir vom Parteitag eine klare, eindeutige Stellungnahme zu den Fragen der Regierungsbildung und der Koalitionspolitik: Ablehnung des Eintritts in eine Regierung zusammen mit Bürgerlichen.
Die U. S. P. muß wie bisher mit aller Energie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Dazu gehört die unbedingte Ablehnung aller indirekten und Verbrauchssteuer, deren Einnahmen auf die minderbemittelten Kon-

sumen täglich mehr bewiesen wird. Vor allem zu fordern ist die Erfassung der Sachwerte, da nur dadurch die wirkliche Heranziehung der Besitzenden zu den Lasten im Reich, Staat und Kommune verbürgt wird. Wir fordern vor allem auch den Beginn der Sozialisierung und erklären den Bestrebungen der Großindustrie, die Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe in Privatbetriebe umzuwandeln, den schärfsten Kampf.“
Die U. S. P. Groß-Dresdens erwartet vom Leipziger Parteitag, daß er der deutschen Arbeiterschaft wie der internationalen Arbeiterbewegung die geistigen Mittel in die Hand gibt, der Beseitigung der Arbeiterschaft ein Ende zu machen und damit die abstoßenden Wirkungen wirtschaftlicher Not zu beseitigen.“
Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag spricht sich grundsätzlich gegen eine Beteiligung an Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien aus. Der Regierungsbildung mit sozialistischen Parteien oder einer reinen Arbeiterregierung kann er nur zustimmen, wenn Garantien für wirklich sozialistische Wirken gegeben sind.“
Weitere Anträge, die Annahme fanden, wandten sich gegen die Zustände, gegen den Dache mit lebensnotwendigen Bedarfsartikeln und sprechen sich für die Sozialisierung, vor allem des Großgrundbesitzes, aus.

Die Münchener Genossen zum Parteitag

Unser Münchener Berichterstatter schreibt uns: In einer Mitgliederversammlung der U. S. P. sprach der Vorsitzende der Ortsgruppe München, Genosse Ferkel über den bevorstehenden Leipziger Parteitag der U. S. P. Nach dem Bericht der Münchener Morgenpost“ läßt er zusammen, was er vom Parteitag erwartet. Zentralkomitee und Reichstagsfraktion müßten die Möglichkeit erhalten, auch mit bürgerlichen Parteien, jedem Monarchismus ablehnend gegenüberstehend, eine Regierung zu bilden, wenn die sozialistischen Parteien darin entscheidenden Einfluß, d. h. die Mehrheit haben. Er verweist auf das Verhalten der österreichischen Sozialdemokratie. Wir müßten betonen, daß das Leipziger Aktionsprogramm absolut nicht genügt, um eine politische Bewegung lebendig zu gestalten. Das Leipziger Programm sei eine Eintagsfliege und nur zu erklären aus der Situation, in der es entstanden ist. Die Partei müsse aus dem Theoretischen herauskommen. Er erwartet, daß die Programmkommission praktische Richtlinien zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen geben. Der Parteitag müsse den Beitritt der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien sanktionieren, die als ein Mittel zur Schaffung einer einheitlichen Internationalen anzusehen seien. Nach die U. S. P. international sei, müsse die U. S. P. in Deutschland werden. Aus dem Bericht der „Münchener Morgenpost“ ergibt sich, daß diese Ausführungen keinen Widerspruch fanden. Die Behandlung der Anträge zum Parteitag müsse in einer späteren Versammlung erfolgen.

An die Parteiorganisationen!

Anträge zum Parteitag müssen bis spätestens zum 18. Dezember beim Zentralkomitee eingereicht werden, damit dieselben rechtzeitig veröffentlicht werden können.
Die Namen und Adressen der gewählten Delegierten sowie der Delegierten zur Frauenkonferenz sind bis spätestens den 27. Dezember dem Zentralkomitee mitzuteilen. Die Ausfertigung der Ausweispapiere erfolgt beim Zentralkomitee. Sie werden erst nach der erfolgten Anmeldung den Bezirken zugeestellt.
Das Zentralkomitee der U. S. P. D., Berlin C. 2, Breite Str. 59.

Erster Reichstagskongress der Betriebsräte der Metallindustrie

3. Verhandlungstag

In der Vormittags Sitzung referiert der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Robert Dymann über

Die Aufgaben der Betriebsräte

Er bezeichnet die Betriebsräte als ein Kind der Revolution, bildet das Werden der Arbeiterbewegung, das Wirken der früheren Arbeitervereine und wendet sich dann dem Betriebsrätegesetz zu:

Das Betriebsrätegesetz genügt uns nicht, seine Väter brauchen sich seiner nicht zu rühmen, denn neben Verbeugungen vor den Arbeitern und Angestellten finden sich in allen 106 Paragraphen Forderungen, die die gewählten Rechte illusorisch machen. Und die Sprachpraxis tut ein Übriges. Auf der Unternehmerseite besteht obendrein die Tendenz, das Betriebsrätegesetz zu sabotieren und die Rechte der Betriebsräte einzuschränken.

Die Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte

Hängt nach dem Wortlaut des Gesetzes alles sehr von dem guten Willen der Unternehmer ab. Bei Einstellungen und Entlassungen schaltet der Unternehmer nach seinem Ermessen. Soweit die Betriebsräte hierbei Einfluss ausüben, so geschieht es nicht auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes, sondern dank der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen in dem Betrieb. Ueber die Einsetzung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat enthält ja der § 70 des Betriebsrätegesetzes eine Anknüpfung, aber das Wie ist noch nicht erledigt. Geradezu lächerlich ist die im § 71 enthaltene Bestimmung, wonach der Unternehmer zur Auskunft nur dann gezwungen ist, wenn keine Geschäftsgeheimnisse in Frage kommen. Nicht anders steht es mit dem Einbild in die Bilanz, die an sich kein Urteil über das Unternehmen ermöglicht.

Scharfe Kritik fordert die Rechtsprechung heraus, die einseitig zugunsten der Unternehmer gehandhabt wird. Im wesentlichen Industriegebiete haben die Unternehmer Bureaus gegründet, welche Schlichtungsausschuss-Vorsitzenden und anderen Stellen der Rechtsprechung bestimmte Anweisungen geben, wie „Recht“ gesprochen werden soll. Warnen muß man die Betriebsräte, sich mit Aufgaben betrauen zu lassen, die nicht die ihrigen sind, wie z. B. der Lebensmitteleinkauf. Damit werden die Betriebsräte von ihrer eigentlichen Aufgabe abgelenkt und obendrein zu Sündenböcken gemacht für allerhand Mißstände auf dem Gebiete der Lebensmittelerzeugung.

Die organische Fortentwicklung des Rätegesetzes ist unsere Forderung. Hier ruft der Referent eine Bemerkung ein über den Schlichtungsausschuss-Kompromiß, der im Reichswirtschaftsrat zustande kam und der scharf abgelehnt werden müßte. Front gemacht muß werden gegen die Versuche, die Betriebsräte zu allen erdenklichen Aktionen zu benutzen. Dies gilt auch für eine Forderung sozialistischer, antonistischer und anderer Vertreter, die jetzt eine besondere Aktion zur Durchführung der zehn Forderungen des A. D. G. B. vordringen und die Einberufung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses fordern. Die Einberufung eines solchen Kongresses hat und kann nur geschehen durch die zukünftigen Instanzen.

Wollen wir die Arbeiterbewegung fördern, so muß gefordert werden, daß die Bewegung nicht durch Konfusionsräte diskreditiert wird. Die Aufgaben klar zu erkennen, dem Ziele zuzustreben, dem haben die Betriebsräte zu dienen. (Lebhafte, wiederholte Beifall.)

Hierauf referierte Genosse Engelbert Graf-Stuttgart über:

Bildung der Betriebsräte

In der Vorkriegszeit beschäftigte sich die Arbeiterbildung vorwiegend mit Problemen rückschauender Art. Jetzt aber gilt es, Bildung und Kenntnisse für unmitttelbar zu verwirklichende Aufgaben zu vermitteln. Die Bildung der Arbeiterschaft ist noch mangelhaft und systemlos. Die Arbeiterbildungsarbeit ist eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. Die Arbeiterbildung dient nicht dem persönlichen Bedürfnis des einzelnen, sondern der sozialen Funktion der Arbeiterschaft. Der Betriebsrat ist ein Funktionär der gesamten Volkswirtschaft. (Unterbrechung.)

In diesem Augenblick wird die fürchtbare Explosionskatastrophe im Saargebiet, die zahlreichen braven Kampfgenossen das Leben gekostet hat, beklamt. Die Rongreßteilnehmer erheben sich zu Ehren der Verunglückten, und der Vorsitzende spricht Worte des Mitgeföhls für die Verunglückten und ihre Hinterbliebenen.

Graf (fortfahrend): Die Betriebsräte müssen eine Erweiterung ihres Bildungshorizonts erfahren, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge begreifen zu können. Wir brauchen weniger Kommandeure, aber mehr Disponenten. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist nicht, daß in Zukunft die bisherigen Proletarier distinktion, sondern daß alle Menschen, die am Produktionsprozeß tätig sind, als gleichberechtigte Faktoren gelten.

Die Grundpfeiler der Arbeiterbildung

Wirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Betriebslehre, Arbeitslehre und die Lehre von der sozialen Hygiene. Diese Wissensgebiete stimmen nicht überein mit den Fakultäten der bürgerlichen Wissenschaft, die auf ganz andere Bedürfnisse zugeschnitten sind. Es sind nicht Sozialisten heranzubilden, sondern alle Arbeiter müssen erzogen werden zu systematischer und konsequenter Geistesarbeit. Die historisch-materiale Methode halte ich dabei für die allein richtige; denn sie gibt den Arbeitern die Möglichkeit, an dem Gewordenen das Gegebene zu verstehen. Vor Ueberfütterung muß gewarnt werden.

Die Arbeiterbildung ist nicht dazu da, parteipolitische Differenzen auszufragen. Der Lehrer muß die Freiheit haben, Kritik nach allen Seiten zu üben, ohne von Organisationsinstanzen daran gehindert zu werden. Die Zukunft der Arbeiterbildung ruht in der Jugend. Auf die Volksschule muß deshalb die Arbeiterschaft größeren Einfluss ausüben. Viele Arbeiterkrettern hemmen leicht den Fortschritt in der Volksschule. Das zeigte sich z. B. bei den Esterntauscheln.

Die Schule muß revolutioniert

und in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt werden. Die Ausbildung der Führer und der Funktionäre der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen muß mit verschiedenfacher Betonung der einzelnen Bereiche erfolgen. Der Funktionär braucht in erster Linie eine horizontale Erweiterung seines Gesichtskreises, die Führer brauchen eine mehr intensive Bildung.

An zwei Stellen ist die Bildungsarbeit vor allem nötig: Die Betriebsräte, weil sie neu in die Bewegung gekommen sind, die Gewerkschaftsfunktionäre, weil sie vor neuen und erweiterten Aufgaben stehen.

Selbst kurze Kurse haben bei einem Einspielen zwischen Lebenden und Lernenden einen großen Wert. Eine Schwierigkeit des Bildungswesens ist der Mangel an Lehrkräften. Das Bilden im Umherziehen muß abgelöst werden durch Internate, durch feste Bildungsbahnen, durch Bildungsheime. Der Staat soll die Gebäude und die Einrichtung hierfür hergeben. Aufgabskurse müssen sich auf höchstens drei Wochen beschränken, weil die Unternehmer kaum längeren Urlaub gewähren. Handelt es sich um Schulung der Arbeiter innerhalb bestimmter Wirtschaftsbezirke, so müssen die Kurse sich auf zwei bis drei Monate erstrecken. Außerdem brauchen wir eine Führerakademie. Den Anfang hierfür bildet die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Ein wichtiges Problem ist

Die Finanzierung des Bildungswesens.

Würde jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter eine Mark Bildungsteuer zahlen, so hätten wir acht Millionen Mark zur Verfügung und könnten damit verschiedene Internate unterhalten. Eventuell könnten auch Unternehmer und der Staat zur Steuer herangezogen werden.

Aufklärung ist Revolutionierung, und die Revolution hängt in den Köpfen an. Deshalb brauchen wir die Arbeiterbildung. Wir brauchen sie auch, damit die Arbeiter nicht Stumm nachlaufen und

Die Schupo verteidigt sich

Der Aufruf in Mitteldeutschland

Im Untersuchungsausschuss des Landtags über die Märzunruhen in Mitteldeutschland wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Neumann-Oppeln die Zeugenerhebung fortgesetzt. Major Kreißler v. Wendt, Hauptmann Kamshorn und Oberleutnant Meyer berichten über die Geschehnisse bei Bischofsroda. Von handrechtlichen Erschießungen ist ihnen nichts bekannt.

Nur bei Fluchtversuchen erfolgte Erschießung.

Oberleutnant Schäfer: Von meiner Hundertschaft hat niemand den Konsumlager Straube in Querfurt erschossen. Ich selbst habe Straube überhaupt nicht gesehen. Ueber die Erschießung des Arbeiters Peters vermag ich nichts auszusagen. Bei Kloster Mansfeld hat sich ein lebhaftes Gefecht abgespielt, trotzdem berichtet worden war, daß dort nichts zu befürchten sei. Auf Seiten der Aufständischen waren 6 bis 7 schwere Maschinengewehre in Tätigkeit, auch vom Ammenhaus und den Schrebergärten aus. Auch sonst waren die Gegner mit Gewehren, Karabinern und Handpistolen bewaffnet, während meine Leute so gut wie unbewaffnet waren. Am Abend wurde mir der Amtsvorsteher Müller als derjenige bezeichnet, der uns in den Hinterhalt gelockt hat. Ich habe ihn festnehmen lassen und an die zuständige Stelle abgeliefert. Weiteres weiß ich nicht von ihm. Das Gefangene kurzgehandelt erschossen worden sind, habe ich niemals gesehen. Die Erregung der Schupo war erklärlich. Sogar Sozialdemokraten und auch Unabhängige waren außerordentlich aufgebracht und haben mich wiederholt angefordert: Schießt doch die Schweine tot! (Bewegung. — Leb. hört! hört!) Die Erregung unter den Beamten wächst noch immer angesichts der Vorwürfe in den Zeitungen; sie haben ihr Leben für eine Regierung eingesetzt, von der sie nicht einmal wußten, ob sie noch am nächsten Tage bestehen werde.

Abg. Christange (U. So.): Forderten Sie die sie begleitenden Beamten auf, den Amtsvorsteher Müller zu verhaften? Zeuge: Ich handle immer selbständig. Für Kampfhandlungen trage ich allein die Verantwortung. — Abg. Christange (U. So.): Zeugen bekunden, daß Müller die Schiere nicht veranlaßt hat, sondern daß er guten Glaubens gewesen ist. Sie sagen ferner, daß in Eiselen Sozialisten, auch U. S. P.-Leute, Sie um Schutz gebeten hätten. Haben die Leute sich Ihnen als Sozialisten vorgestellt? — Zeuge: Die Leute haben zu mir gesagt: Ich bin selbst Angehöriger der „Sozialdemokratischen Partei“, oder auch „Sozialist“, oder „Unabhängiger“. Die Zustände, wie sie jetzt herrschen durch Hörsing, können wir nicht anerkennen. (Hört! hört!) Sodann gibt Zeuge noch an, daß er Erschießungen in Leuna nicht erlebt hat. Die Abteilung Halle hat 10 bis 12 Tote gehabt.

Nächster Zeuge Oberleutnant von der Tann: schildert zunächst eine Unterredung mit der Frau Schönmeyer, der er Fingerzeige und Empfehlungen mitgegeben hat, damit sie mit ihrem Mann zusammenkommen könne. Die Frau ist mir außerordentlich dankbar gewesen. Ich übergab den Gefangenen an zwei Beamte zum Abtransport mit der Weisung äußerster Vorsicht. Der einzige Beamte, der mich beschuldigt hat, die Erschießung Schönmeyers veranlaßt zu haben, ein Unterwachmeister Lehmann, hat keine Anklagen zurückgelassen, da er bei Befichtigung des Geländes nicht einmal das große Industriegewerk wiedererkannt hat. Dieser Lehmann hat mich beschuldigt, ich habe durch eine Handbewegung den Befehl zur Erschießung erteilt, dabei waren wir eine Strecke von 20 Minuten voneinander entfernt. Meine Verfolgung ist vom Gericht eingestellt worden, aber auf Grund meiner Namensnennung im Untersuchungsausschuss und der Presseberichterstattung bin ich aus dem Dienste entlassen worden, wobei ich nur mein halbes Gehalt, statt 1200 Mark nur 600 Mark monatlich bezogen habe. Jetzt bin ich beurlaubt. (Bewegung.)

egoistisch werden. Wir brauchen aber auch Arbeiterbildung, um die Raders heranzubilden für den Kampf um den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Aus der Diskussion sind besonders die Ausführungen des österreichischen Delegierten Viktor Stein hervorzuheben. Er sagte u. a.: Witten im Kriegsgeschehen hat die österreichische Arbeiterschaft sich Institutionen (Fabrikaschüsse) geschaffen, die die Vorläufer des Betriebsrätegesetzes sind. Wir haben auch politische Arbeiterräte ins Leben gerufen, und als uns beim Umsturz die alten Gewalten darontrieben, haben die Fabrikaschüsse und politischen Räte die Funktionen der alten Gewalten übernommen. Unser Betriebsrätegesetz ist besser als das deutsche. Das deutsche Betriebsrätegesetz stellt die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Unternehmer. Unseres ist ein Gesetz aus der Revolution herausgewachsen. Noch schlechter ist das tschechoslowakische Gesetz. Aus allem müssen wir schließen:

Verteidigt euer Betriebsrätegesetz!

Noch ein Wort über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Beide sind aufeinander angewiesen, beide müssen in den Dienst der großen Sache gestellt werden. Dank der Tätigkeit der Betriebsräte ist die Organisation gelockert worden. Dadurch haben sie die Gegnerschaft innerhalb der Gewerkschaften entwirrt. Die vom Genossen Graf angelegte Bildungsarbeit ist in Oesterreich bereits eingeführt. Dem Lehrermangel haben die Arbeiter- und Angestelltenkammern durch Heranbildung von Lehrkräften in Institutorienten abgeholfen. Was das arme kleine Land Oesterreich tun kann, geschieht. Und wir werden unser Betriebsrätegesetz verteidigen bis zum letzten Blutstropfen, um dem Proletariat eine bessere Zukunft zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

In der weiteren Diskussion machten verschiedene kommunistische Redner Propaganda für eine von ihnen eingebrachte Resolution und für eine Aktion zur Durafsührung der vom A. D. G. B. aufgestellten Forderungen. Sonst ergab die Diskussion keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte.

Nach einem kurzen Schlusswort von Graf weist Dymann in seinem Schlusswort die kommunistische Schlussfolgerung zurück, nach der Auffassung des Referenten werde die Forderung der Verhältnisse noch lange auf sich warten lassen. Diese Einstellung sei nicht gerechtfertigt. Den Betriebsräten ein Vorkrecht bei den Lohnkämpfen einzuräumen, geht nicht, aber der D. M. B. hat von vornherein die Betriebsräte in den Vertrauensmännerkreis aufgenommen und ihnen damit eine entscheidende Mitbestimmung eingeräumt. Falls ist die uns zum Vorwurf gemachte Einstellung für die Arbeiterschaft; einer solchen gehört der D. M. B. nicht an. Unter großer Aufmerksamkeit gibt der Referent einen Aufruf der

Wagt zum Schutz gegen die Uebergriffe der Betriebsräte

bekannt, worin einer Sabotierung des Betriebsrätegesetzes das Wort geredet und gegen die Betriebsräte gehetzt wird. Die Handlungen der Betriebsräte würden vielfach an Gemeinheit und Haß grenzen, die Arbeiter würden aufgehetzt usw. Im Kampfe gegen die Betriebsräte stehen die Unternehmer geschlossen, als leider die Arbeiterklasse. Aber wir müssen antworten: auf einen Schwelmer anderthalb. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

In einer Resolution wird eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte gefordert. Außerdem wird der Ausbau des wirtschaftlichen Betriebsrätesystems verlangt und ausgesprochen, daß die Betriebsräte nur im engsten Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen und im harten Kampf der gesamten Hand- und Kopfarbeiter wirken können. — Angenommen wurde ein Antrag, der für die Betriebsräte das Bestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen fordert. — Ein Antrag über Ausschreibung einer Bildungssteuer wurde dem Vorstand und Beirat überwiesen.

Damit sind die Verhandlungen des Betriebsrätegesetzes beendet, und der Vorhänge schließt die Tagung mit einer kurzen Würdigung der geleisteten Arbeiten.

Zeuge Oberleutnant Haffar sagt aus, daß die Beamten gegenüber den Gefangenen oft zur Zurückhaltung aufgefordert werden müßten. Beschwerden über Mißhandlungen sind weder mir, noch dem damals dort anwesenden Abg. Krüger zugegangen. Der Alarmzustand wurde nur verhängt auf die Nachricht, daß die Gefangenen aus dem Silolager im Leunawerk von außen her befreit werden sollten. Tatsächlich wurde die Wache von 4 Zivilisten angegriffen, wobei 2 oder 3 erschossen wurden.

Der Polizeiarzt Dr. Keffeld sagt aus: Dem Hauptmann Mak sind von einem Neunzehnjährigen namens Goldstein und dessen Bruder mit einem Taschenmesser die Augen ausgehöhelt worden. (Lebh. Bewegung.) Oberleutnant Haffar hat Goldstein nach Halle abtransportiert, wobei er ihn vor der wütenden Menge schützen mußte. Abg. Dr. v. Draxler fragt den Zeugen, ob die Ausführungen des Abg. Kuttner in der sozialistischen Korrespondenz zu rechtfertigen seien, wonach die Beamten, da sie sich gegen die tatsächlichen Brutalitäten ihrer Vorgesetzten nicht wehren konnten, an wehrlosen Gefangenen sich rächen. — Zeuge: Dienen ganz unehrlichen Vorwurf muß ich zurückweisen. — Abg. Schölich (Soz.) und Kiliau (Komm.) erheben Protest gegen eine derartige Zeugenvernehmung. — Vorsitzender Abg. Neumann: Dieses Verfahren wurde auch bei der Vernehmung von Hörsing und Severing beobachtet. (Lebhafte Zustimmung und Anrufe.) — Polizeiarzt Dr. Keffeld: Einzelne gestörten Beamten haben die Augen gefehlt, andere sind fürchterlich zerschossen worden, manchen der Bauch aufgeschlitzt und die Eingeweide herausgerissen worden. Einer Verion waren sogar die Goldplomben herausgeschlagen. Verletzungen, die auf Mißhandlungen von Gefangenen hindeuten könnten, habe ich nicht bemerkt. Zeuge Oberwachmeister Kalweil: Die Gefangenen im Leunawerk sind vom zweiten Tage an genügend mit Strohlagern und Decken versehen worden. Die Presseangriffe gegen die Düsseldorf Schupo sind unberechtigt. Die Abteilung wird nicht mehr treu und brav hinter der Regierung stehen, wenn man ihr erst den Dank ausspricht, und sie nachher als Mörderbande hinstellt. Oberpräsident Hörsing hat gesagt:

Je blutiger der erste Tag, desto unblutiger die folgenden.

Der Vorsitzende fragt, wann Oberpräsident Hörsing die Neuzetzung getan hat. — Zeuge: Die Neuzetzung soll im Gespräch mit dem Grafen Boninotti gefallen sein. — Zeuge Wachmeister Barthelemy Düsseldorf: Ich habe an den Kämpfen im Leunawerk teilgenommen. Ueber die Zustände im Silo kann ich nichts auszusagen. Die Schupo ist den Gefangenen weitgehend durch Hergabe von Essen entgegengekommen. Gegen den Vorsitzenden Kuttner werde ich wegen des Artikels über die Ausschreitungen der Polizei Klage erheben. —

Der Beigeordnete Behrendt stellt fest, daß in Querfurt keine Plünderungen seitens der Schupo stattgefunden haben. — Zeuge Krüger befundet, daß er, wie andere Gefangene, in Halle von der Schupo mißhandelt worden ist. In einer Kaserne sind die Gefangenen mit Gummimäppeln geschlagen worden. Der untersuchende Arzt seines mitgeführten Schwagers erklärte: „Der Schlag hat noch nicht richtig geheißen.“ Damit schließt die Zeugenvernehmung.

Wegen der zahlreichen neuen Beweisanträge schlägt Berichterstatter Dr. Neuring (D. Sp.) dem Ausschuss vor, sich auf Stichproben zu beschränken. — Abg. Schölich (Soz.): Die umfangreiche Beweisaufnahme wäre nicht nötig, wenn nicht Abg. v. Draxler einseitige Angriffe gegen die Regierung in die Presse gebracht hätte. Weitere Zeugenvernehmungen sind unerlässlich. — Abg. Dr. v. Draxler erklärt, daß er den Veröffentlichungen fernstehe. — Der Ausschuss beschließt, von der Vernehmung weiterer Zeugen abzusehen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Auswertung der Beweisaufnahme.

Die Beamtenbewegung

Forderungen der höheren Beamten

Der 23. Ausschuss des Reichstags hielt dieser Tage mit den Vertretern der Beamtenenschaft eine Besprechung ab, an der auch der Reichsbund höherer Beamter teilnahm. Neben dem Deutschen Beamtenbund und den Gewerkschaften hat im Anschluß an diese Besprechung der Reichsbund höherer Beamten die Forderungen der höheren Beamtenchaft in folgenden Richtlinien dem Ausschuss übermittelt:

1. Der Reichsbund höherer Beamter fordert grundsätzlich, daß die Gehaltsbezüge aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Vorkriegseinkommens entsprechen. Damit soll die bisher erreichte Höhengruppierung besonders der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen nicht gefährdet werden. Bei der Berechnung ist die Reichsbezugszahl zu Grunde zu legen, die auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingeschränkten Verbrauchs vom Juli 1914 zu erweitern ist.

2. Auf dem von der Reichsregierung neuerdings eingeschlagenen Wege, die Schädigungen, die für die Beamten der oberen Gehaltsstufen durch die unsozial wirkende Verzerrung der Spannungen zwischen den Grundgehältern der einzelnen Besoldungsgruppen eingetreten sind, zu beseitigen, ist vorzuschreiten. Bei der Festlegung der Grundgehälter ist die verschiedenartigste stuetliche Belastung der Dienstbezüge zu berücksichtigen.

3. Der Teuerungsausgleich ist vierteljährlich entsprechend der Reichsbezugszahl des vorhergehenden Vierteljahres auf einen für alle Besoldungsgruppen gleich hohen Hundertzahl festzustellen. Vorkehrenden Gesichtspunkten gemäß fordern wir, daß zunächst der Hundertzahl des Teuerungsausgleiches — für alle Besoldungsgruppen gleichmäßig — der seit der letzten Festlegung eingetretenen Steigerung der Reichsbezugszahl entsprechend herausgesetzt wird.

In der Praxis heißt das, daß die unteren Besoldungsgruppen dauernd etwa auf dem gleichen schädigen Niveau der Lebenshaltung festgehalten werden sollen, auf dem sie vor dem Kriege standen. Von diesem Minimum ab gerechnet soll den oberen Beamten zugelegt werden, bis die glücklich ein wenig gemilderten Spannungen zwischen den Gehältern der unteren, mittleren und oberen Beamten in vollem Umfange wieder hergestellt sind. Nach unserer Meinung muß indes das Hauptgewicht zunächst darauf gelegt werden, daß das Einkommen der unteren und mittleren Beamten vor allem einmal auf eine Höhe gebracht wird, das ihnen und ihren Familien die Existenz gewährleistet. Wir gönnen gewiß auch den oberen Beamten ein ihren Leistungen entsprechendes Gehalt. Aber gegenwärtig müssen sie, die — als politische Beamte — stets für größte Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt eintreten, sich gedulden, bis endlich ihre schlechtergestellten Kollegen vor dem Verhungern bewahrt sind. Die Gehälter der oberen Beamten sind jetzt so, daß es sich dabei schon leben läßt.

Neuer Regierungspräsident für Obersachsen. Das Preussische Staatsministerium hat den kommissarischen Oberpräsidenten des Provinz Obersachsen und gleichzeitig den Regierungspräsidenten in Oppeln, Herrn Bitta unter Befassung in seinem Amt als kommissarischer Oberpräsident von den Geschäften des Regierungspräsidenten entbunden und den bisherigen Vizepräsidenten des Kreises Lublitz, Herrn Gebelmen Regierungsrat Braueller kommissarisch zum Präsidenten der Regierung in Oppeln bestellt.

